

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Hg., Veramnungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Hg., auswärtige Anzeigen 35 Hg. — Einzelnen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Dienstag, den 30. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Raum für alle!

In der unentwegtesten Anexionistenpresse, so auch in der Berliner „Täglichen Rundschau“, begegnet uns als ihr Apostel auch Erich Schlaikjer zuweilen; — derselbe Schlaikjer, den die sozialdemokratische Leserschaft als Romanikristler und Theaterkritiker wohl kennt. Jetzt ist er unter die Nationalökonomien gegangen, und so behandelt er in der „Täglichen Rundschau“ das Anxionsproblem, und zwar „grundständig“. Er tut dies nach folgenden Gedankengängen:

„Hat die Erde wirklich Raum für alle?“ — die Frage ist Rhodus, hier tanze, Pazifist! Ist sie zu bejahen, kann man die pazifistischen Friedensträume erörtern. Ist sie zu verneinen, dann

Und Schlaikjer verneint unerbittlich. Hier sein Beweisverfahren.

Wir Deutschen bildeten 1870 ein 36-Millionen-Volk, heute zählen wir 67. Wir wurden reich an Industrie und auf Industriewaren ausfuhr, Nahrungs- und Koststoffeinfuhr angewiesen. Die Nahrungsmittel, die uns fehlten, bezogen wir aus Ländern, die welche übrig hatten, z. B. aus Dänemark. Aber die Dänen sind, wie wir selbst, ein wachsendes Volk. „Das dänische Volk wächst. Die Anbaufläche des dänischen Landes aber wächst nicht. Durch ein überaus einfaches Rechenexempel kann mit mathematischer Bestimmtheit der Tag festgesetzt werden, an dem Dänemark keine Nahrungsmittel mehr übrig hat, und mithin auch keine ausführt.“

Dann beziehen wir die uns fehlenden Nahrungsmittel aus anderen Ländern, beispielsweise aus Rußland. Gewiß, Rußland ist ein ungeheuer weites Land mit unermesslichen Schätzen. Aber es ist bekannt, daß die Russen mit unerhörten Zahlen wachsen. „Das russische Volk wächst, die russische Erde wächst nicht.“ Kann also das russische Volk auch noch auf eine große historische Zeitspanne hinaus leben und Bodenprodukte ausführen: „Eines Tages hört die Ausfuhr auf.“

So hat Schlaikjer nach einigen Absätzen die Leistungsfähigkeit der Erde in ihre Grenzen zurückgewiesen. Überall auf der Erde sitzen Völker, die in einer geradezu unheimlichen Progression wachsen. Alle diese Völker hängen weltwirtschaftlich zusammen und sind gemeinsam auf die vorhandene Erdoberfläche angewiesen. Die Oberfläche der Erde aber wächst nicht.

Allerdings weiß unser Mann, daß gegenüber dieser „so einfachen Wahrheit“ die Sozialisten auf die Leistungsfähigkeit der Produktion verweisen. Er tut dies mit einem überlegenen Sächeln ab. „Auch eine noch so eindringlich und maschinell betriebene Landwirtschaft bleibt in eiserner, unerbittlicher Abhängigkeit von der Anbaufläche.“ Da hilft sich alles nichts! „Der gleiche Kampf ums Brot, der in der politischen Entwicklung an jedem laufenden Tage des Friedens stattfindet, findet auch nach außen von Volk zu Volk statt. Alle Völker wachsen. Die Erdoberfläche aber wächst nicht. Also muß um den Boden gekämpft werden. In diesen ehernen Tatsachen werden alle pazifistischen Träume zerfallen.“

Schlaikjer hat's also herausgetriegt: Der Krieg ist notwendig „im Sinne einer höheren unentrinnbaren Macht“ — er ist Naturgesetz aus Ueberbevölkerung, Nahrungsmittelmangel! Der neue Matheus braucht nichts zu wissen, z. B. von den Berechnungen des Professors Ballod in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“, daß für nicht die Hälfte unserer Kriegskosten Deutschland in den Stand gesetzt werden könnte, mehr als das Doppelte seiner jetzigen Nahrungsmittel hervorzubringen: „Für die Hälfte dieser Summe könnten wir also Deutschland in ein Paradies verwandeln, das keine Mähernte kennt, und nahezu die doppelte Bevölkerung ernähren könnte!“

Schlaikjer sieht das Ende der Ernährungsmöglichkeit, „denn die Erdoberfläche wächst nicht“. Er hat nur noch nachzuweisen, daß Mangel an Land, um Brot zu backen, uns Deutschen gar keine andere Wahl mehr als diesen Weltkrieg ließ, daß es für Deutschland gar keinen anderen Weg zum Wohlstand gab und gibt, als durch Kampf neuen Boden zur Lebensmittelproduktion in Besitz zu nehmen. So wäre auf diesem Wege die Behauptung der Entente, Deutschland habe diesen Krieg angefangen, romanhaft-logisch nachgewiesen. Schlaikjer allerdings mag glauben, er habe dann nur bewiesen, daß Deutschland Kurland und Litauen annekterieren müsse. Wahrscheinlich jedoch auch Belgien und Longun-Brien, obgleich diese Gebiete keine Lebensmittel hergeben würden, sondern noch welche erhalten müßten. Aber solche Widersprüche sind Kleinigkeiten, und darüber stolpert unser Mann nicht.

Er hat den besagten Nachweis also noch beizubringen. Doch warum soll er sich nebenbei die günstige Gelegenheit entgehen lassen, der Sozialdemokratie theoretisch einen auszuweisen? Also: Die maschinelle Steigerung der Arbeit bietet also keinen Ausweg aus der Not dieses Problems. Der sozialistische Gedanke, daß die Arbeit die Quelle aller Werte sei, ist leider nicht richtig. Die Arbeit

produziert eben nicht in der leeren Luft usw. — Richtig ist hier bloß nicht, daß der besprochene Gedanke ein sozialistischer ist; er ist ein bürgerlicher Gedanke. Es war Karl Marx, der gegenüber Adam Smith, der die Arbeit als die einzige Quelle des Wertes schildert, darauf hinwies: Arbeit ist nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten stofflichen Werte; die Arbeit betätigt sich an Naturprodukten. Arbeit und Natur ist also die Wertequelle. Und es war wiederum Karl Marx, auf dessen Einwirkung die erwähnte bürgerliche Auffassung, als sie auch in das Gothaer erste sozialdemokratische Programm hineingekommen, wieder aus ihm herausgebracht wurde. Doch das braucht Erich Schlaikjer wiederum nicht zu wissen. Und so passiert ihm die ergäßliche Sache, daß er gegen einen vermeintlich sozialistischen Gedanken zu Felde zieht, der in Wirklichkeit ein bürgerlicher ist, und daß er gegen ihn losgeht mit einem vermeintlich bürgerlichen Argument, das in Wirklichkeit ein sozialistisches ist. Allein das reellen wir ihm nicht übernehmen, das ist andern Leuten schon passiert, der nicht Besitz oder Interessensphäre einer Macht ist? Ein wachsendes Volk kann nirgends seinen Fuß auf den Boden legen, ohne daß es die Interessen und damit das Leben eines weichen Volkes zertritt, und dann greift das getretene Volk zum Schwert, liefern es nur stark genug ist.

Uns interessiert mehr sein „Nachweis“, daß wir neuen Boden haben müssen. . . . Boden, Boden . . . weil wir auf Lebensmitteleinfuhr angewiesen sind „eines Tages überall ihre Ausfuhr aufhört“. Dieser „Nachweis“ sieht nun so aus: „Wo ist heute noch ein Fleckchen irgendwie ergiebiger Erde, der nicht Besitz oder Interessensphäre einer Macht ist? Ein wachsendes Volk kann nirgends seinen Fuß auf den Boden legen, ohne daß es die Interessen und damit das Leben eines weichen Volkes zertritt, und dann greift das getretene Volk zum Schwert, liefern es nur stark genug ist. . . . Unsere friedliche Eroberung des Weltmarktes hat zum Krieg mit England geführt. Wäre der Weltmarkt nicht so unendlich klein, wir hätten noch lange in Frieden leben können. Nun ist er aber leider eine eng umrissene Größe. Jedes Stück, das wir gewonnen, ging den Engländern verloren. Jeder Gewinn bedeutete das wirtschaftliche Leben für Tausende von Deutschen, zugleich aber den wirtschaftlichen Tod für ebenso viele Engländer.“

Der geschulte Leser laßt wohl ob des Primitiven dieser Darstell. Doch gehen wir zu, daß im Kampf um den

Weltmarkt die vornehmlichste tiefste Ursache dieses Weltkrieges liegt. Aber dieser Kampf ist doch nichts Unabänderliches, Naturgegebenes! Deutschland, England usw. bringen ihre Produkte auf den Weltmarkt, weil der Kapitalismus des Profits wegen produzieren, jedoch nicht, um in der zweckmäßigsten Weise die Bedürfnisse der Völker zu decken. Hätten wir die geordnete sozialistische Gesellschaftsordnung, so würde die Produktion dazu dienen, alle Bedürfnisse im Lande in reicher Weise zufriedenzustellen; darüber hinaus brauchte nur das produziert zu werden, was notwendig wäre, um im freien, friedlichen Austausch mit anderen Völkern die Produkte zu erwerben, die im eigenen Lande entweder nicht oder nur in unproduktiverer Weise hervorgebracht werden können. Innerhalb unserer kapitalistischen Produktion muß allerdings unter den einzelnen Staaten der Kampf um den Weltmarkt entbrennen, da in keinem der Staaten der Konsum der ausgebeuteten Volksmassen reich genug ist, um den profitungrigen kapitalistischen Produktionsmechanismus in Gang zu halten. Dieser kapitalistische Kampf um den Weltmarkt ist zur Feuersbrunst des Weltkrieges geworden, daß kann er sich auch in anderen Formen auswirken. Und gerade der Weltkrieg dürfte der Menschheit die Ueberzeugung hinterlassen, daß der Krieg eine total falsche Rechnung, ein zur Führung des Weltmarktkampfes total ungeeignetes Mittel ist, auch vom kapitalistischen Standpunkte.

Das sind alles von uns tausendmal wiederholte Gedankengänge. Wir waren aber auf den Beweis gespannt, daß Deutschland den Krieg um Brot führen mußte, um Boden, der angebaut werden kann. Da erhielten wir statt dessen den Weltmarkt präsentiert.

So drehen sich die Anexionisten immer um die eigene Achse. Die einen beweisen, daß Deutschland zugrunde gehen muß, wenn es nicht das Erzbecken von Brien und Longun erhält, die anderen, daß das deutsche Volk ohne Anland und Litauen nicht leben könne. Die deutschen Agrarier aber behaupten, die deutsche Landwirtschaft könne das deutsche Volk glänzend ernähren, wenn es nur durch Hochschußjölle dauernd gegen billige Preise geschützt bleibe.

Die Erde hat viel Raum für alle — Phantasten! —

Die Kanzlerkrise.

Graf Hertling Reichskanzler?

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling ist in Berlin eingetroffen, und hatte, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, am Sonntag Konferenzen mit dem Reichskanzler, Staatssekretär Helfferich, dem bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, Erzellenz Valentin und anderen Reichsbeamten. Ob eine persönliche Audienz bei dem Kaiser stattgefunden hat, ist nicht bekannt, aber wahrscheinlich. Jedenfalls ist bei dem Grafen Hertling offiziell angefragt worden, ob er bereit wäre, die Reichskanzlerschaft anzunehmen. Graf Hertling hat sich Bedenkzeit ausgeben. Er hat besonders lebhaft Bedenken gegen die Uebernahme der preußischen Ministerpräsidentenschaft. Auch sonst bestehen noch einige Bedenken bei dem Grafen Hertling. Er beabsichtigt, mit politischen Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen, und hat den Grafen Westarp empfangen.

Diese Meldung wird ergänzt durch die nachstehenden Bemerkungen der „Post“, die dahin gehen:

Graf Hertling dürfte, wie wir annehmen, keine Gespräche mit den Fraktionsführern auch dazu benutzen, um in der Frage der preußischen Ministerpräsidentenschaft eine Klärung herbeizuführen. Dafür kommen zwei Möglichkeiten in Betracht, die eine würde darin bestehen, daß das Amt des Reichskanzlers von dem des preußischen Ministerpräsidenten getrennt und daß das letztere einem preußischen Staatsmann übertragen würde. Von mancher Seite wird für diesen Fall daran gedacht, daß vielleicht Herr Dr. Michaelis das Amt des preußischen Ministerpräsidenten behalte. Als zweite Möglichkeit käme in Betracht, daß Graf Hertling auch das Präsidium des preußischen Staatsministeriums übernimmt. In diesem Falle würde ihm vermutlich ein preußischer Staatsmann als stellvertretender Ministerpräsident mit weitgehenden Vollmachten beigegeben werden. Als Anwärter für dieses Amt wird bereits ein früherer preußischer Minister genannt.

Daß Dr. Michaelis zum preußischen Ministerpräsidenten ausersehen sein könnte, ist offenbar nur ein schlechter Witz, denn mit ihm hätten die Wahlrechtsgegner bei ihren bereits offen eingestandenem Verschleppungsversuchen nur allzu leichtes Spiel.

Die „Germania“ schreibt zu der beabsichtigten Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler:

„Binnen wenigen Monaten ist damit zum zweiten Male an den hochverdienten Grafen Hertling der ehrenvolle

Auf ergangen, an die Spitze der Reichsleitung zu treten, denn bereits im Juli war ihm die Nachfolgerschaft von Bethmann Hollweg angetragen worden. Damals glaubte der Graf, das Anerbieten ablehnen zu sollen, das gewiß mit uns weiteste Kreise unseres Vaterlandes bedauert haben, auch solche, die keineswegs auf dem Boden des Zentrums stehen. Denn der bewährte Staatsmann erfreut sich eines weitreichenden allgemeinen Vertrauens. Daß es besonders von der Krone geteilt wird, beweist der neue Antrag, dem wiederum auszuweichen Graf Hertling nicht so leicht möglich sein kann. Immerhin wird man es nach Lage der Dinge verstehen müssen, wenn er als erfahrener Politiker von weitem Blick nicht ohne weiteres Ja gesagt, sondern sich Bedenkzeit ausgeben hat, um mit sich selbst und auch mit führenden Politikern zu Rate zu gehen. Wir zweifeln nicht, daß Graf Hertling die Entscheidung treffen wird, die er für am meisten im Interesse des Vaterlandes gelegen erachtet wird. Entschließt er sich zur Annahme des Amtes, das in dieser Zeit als Bürde noch schwerer wiegt denn als Würde, so haben wir jedenfalls die Gewißheit, die Geschicke des Reiches in den ausgezeichneten und erfahrenen Händen zu wissen, die wir wiederholt als dringend notwendig bezeichnet haben.“

Es ist zweifellos richtig, daß Hertling ein erfahrener, gewandter Politiker ist. Daß er aber als Reichskanzler der geeignetste Mann ist, bezweifeln wir. Wir wollen von seinem Alter — 74 Jahre — absehen; das halten wir nicht für einen Hinderungsgrund, wenn wir es auch für zweckmäßiger gehalten hätten, wenn ein politisch erfahrener Mann in jüngeren Jahren, der über die genügende Entscheidungsgewalt verfügt, mit dem Amt betraut worden wäre. Hertling hat sich aber im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung gegen die parlamentarische Lösung und gegen eine Selbständigkeit Elsas-Lothringens ausgesprochen. Ein solcher Mann kann in der gegenwärtigen Zeit, wo alles vorwärts drängt, nicht die Leitung der Geschicke des Reiches übernehmen. Ihm mangelt das Vertrauen der weitesten Schichten des Volkes. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß er sich als Gegner der Alldeutschen und der Anexionisten bekannt hat und daß ihn die Alldeutschen als Reichskanzler gerade nicht sehr warm begrüßen würden.

Daß man in den maßgebenden Kreisen — ohne den Reichstag oder seine Vertreter zu fragen — auf Hertling gekommen ist, ist erklärlich.

Man hat sich gesagt, die Linke werde einen Reichstanzler Hertling nicht unterstützen wollen, das Zentrum werde ihm treue Heeresfolge leisten müssen, und so werde die unbequeme Reichstagsmehrheit auseinanderfallen. Ob man damit in die Verwirrung, in den inneren Kampf, in die ewige Krise zurückfällt, kommt für manche Ratgeber der Krone ansehnend nicht in Betracht. Für sie ist die Hauptfrage, die unbequeme Reichstagsmehrheit zu Fall zu bringen und da ist ihnen jedes Mittel recht. Welche Einwirkungen das aber auf das Volk haben wird, ist den Herrschenden wahrscheinlich ziemlich gleichgültig.

Eine endgültige Entscheidung wird heute, nach einer Besprechung mit den Parteiführern, fallen.

Ein Nachruf für Dr. Michaelis.

Als erstes Blatt der Reichshauptstadt widmet die „Deutsche Tageszeitung“ Herrn Dr. Michaelis einen Nachruf, in dem es u. a. heißt:

Wenn Herr Dr. Michaelis jetzt zurücktritt, so kann er die Ueberzeugung mitnehmen, daß er das Beste gewollt, daß seine Aufgabe, vor die er am 14. Juli gestellt worden war, gelöst ist an den Schwierigkeiten, die ihm die Mehrheit vom 19. Juli in den Weg gelegt hat. Von konservativer Seite ist bis in die letzten Tage versucht worden, dem Kanzler die Arbeit zu erleichtern: Die konservativen Parteien haben abgelehnt, an seinem Sturze mitzuhelfen.

Letzteres ist ohne Zweifel richtig; die Konservativen hatten eben keinen Anlaß dazu; im Gegenteil, sie durften hoffen, Herrn Dr. Michaelis so beeinflussen zu können, daß er zu ihrem gefügigen Werkzeug geworden wäre.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Graf Hertling hat Montag nacheinander die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen. Er hat mit ihnen die Frage erörtert, welche Unterstützung er als Reichstanzler bei den Parteien finden würde. Die Vertreter der Linken haben ihm mit aller Offenheit die Bedenken vorgetragen, die gegen seine Kandidatur bestehen und Graf Hertling dürfte zweifellos den Eindruck empfangen haben, daß auch außerhalb der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei seine Kandidatur vielfach nur mit harter Zurückhaltung aufgenommen wird. Sollte Graf Hertling, der bei seiner schwankenden Gesundheit die schwere Last des Kanzleramtes nicht erhebt und nicht erträgt hat, zu der Ansicht gelangen, daß eine Verständigung mit den Parteiführern auch in weiteren Verhandlungen nicht zu erzielen sei, so würde er, wie vermutet wird, auf die Annahme der Kanzlerschaft verzichten. — Das „Berl. Tageblatt“ berichtet weiter: Am Montag abend fanden sich die Vertreter der Mehrheitsparteien zusammen, um zu der Kandidatur des Grafen Hertling Stellung zu nehmen. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Immerhin haben die Sozialdemokraten und die fortschrittliche Volkspartei ihre Einwendungen gegen die Kandidatur Hertlings nicht verhehlt. — In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht an ein Auseinanderfallen der Arbeitsgemeinschaft der Mehrheit, da alle diese Parteien von der Notwendigkeit liberaler Reformen schon zu sehr überzeugt sind. Man glaubt einwachen nicht, daß das Zentrum zu einer Sprengung der Mehrheit drängen würde.

Die Kriegslage.

Der große Sieg der Verbündeten am Isonzo nimmt immer gewaltigere Ausdehnung an. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben bereits nicht nur den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Udine, während österreichisch-ungarische Divisionen Cormons erobert und sich im Küstengebiet der Landesgrenze nähern. Unter dem Druck dieses gewaltigen Vordringens, auf dessen Siegeszug sich die Deutscher an Gefangenen, wie schon gemeldet, auf über 100 000 Mann und 700 Geschütze gesteigert hat und die schließlich zumut, ist auch die italienische Front in Kärnten ins Wanken geraten.

Die präkäre Siegesunterlage in der Rede des italienischen Kriegsministers: „Nichts ist gekommen, wir können es nicht!“, die tiefere Befürchtung erweckt, in Kürze sich zu verwirklichen.

Die italienischen Zeitungen wollen die Welt und das eigene Volk über die gemachten Geschicknisse täuschen und erklären es für absurd, dem Angriff größere Bedeutung beizumessen, da die von den Verbündeten eroberte Stellung nur eine Vorpostenlinie sei, und die italienische Führung sich die deutsche bewegliche Abwehrtaktik zu eigen gemacht habe. Zwecks der Rückzugsbewegung sei, italienische Operationsmassen zu sparen. Inwiefern ist ein ganz erheblicher Teil dieser Massen in deutsch-österreichisch-ungarische Gefangenschaft geraten. Auch die italienische oberste Heeresleitung vertritt noch den Zusammenhang der gesamten Isonzo-Front dem eigenen Volke, seinen Verbündeten und den Neutralen zu verheimlichen. So hat der italienische Oberbefehlshaber Cadorna den italienischen Heeresbericht, dessen Übersetzung in englische und französische Sprache verboten wurde, für die Veröffentlichung gesperrt. Ferner versucht Cadorna nach dem Zusammenbruch vom 26. Oktober 1917, 4 Uhr 40 Min. nachmittags, nach dem Beispiel Krenschis die Schuld der ungeheuren Niederlage der Freiheit seiner zweiten Armee zuzuschreiben, die kurz vor dem Angriff in öffentlichen Manifesten über alle Massen gelobt wurde.

In Flandern war es die unglückliche Rettung des Her die feindliche Feuerartillerie fort. Mit besonderer Macht lag das Feuer in Gegen-Direktion. Auf heftigster Feuerbereitschaft vorliegende feindliche Abteilungen nördlich der Stadt wurden unter schwerem Verlust zurückgedrängt. Auch wurden dem Nordostufermalde und der Sp. nach dem Feuer große Stärke an. Nach heftigen Trommelfeuer brachen 3 Uhr nachmittags nördlich der Bahn Hochwege. Sogar die Engländer in höchsten Stellen zum Angriff vor. Er blieb blutig in anderer Richtungsgeschichte zusammen.

Auf am Chemin des Dames übertrug sich heftiger Artilleriebeschuss zweimalige französische Sturmangriffe bei Braye. Wo unser wildes Feuer die Angreifer nicht bereits vor unsern Hindernissen niedergeworfen hatte, wurde der Feind durch Gegenstoß gemordet. Dem zurückstehenden Angreifer sollte vornehmlich das Feuer unserer Batterien und nicht ihre schwache Beschießung zu. Zahlreiche Gefangene blieben in unserer Hand.

In Kazedonien lebte teilweise das Artilleriefeuer auf.

BRN. Berlin, 21. Oktober, abends. (Mittl.)

In einzelnen Abschnitten der italienischen Front sind die Chemin des Dames lebhaftest Artilleriekampf.

In Ober-Italien keine Befestigung.

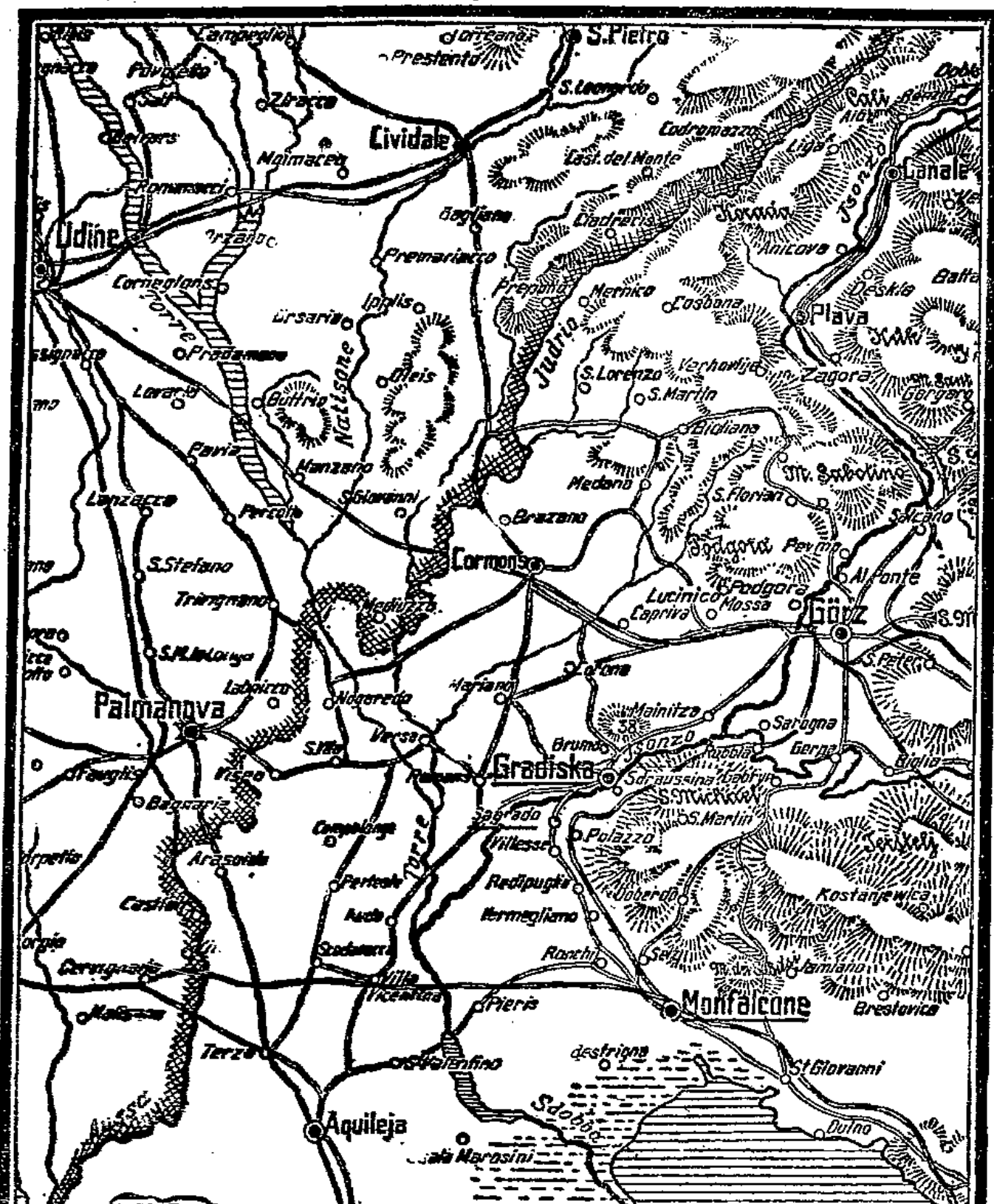
In der italienischen Ebene gute Fortschritte.

BRN. Wien, 21. Oktober. (Mittl.)

Italienischer Kriegsausflug.

Am 21. früh begannen die österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte des Generals Otis von Belan nach der Richtung der Heeresgruppe des Generals von Borovitz über den Berg. Gegen, am Abend des 2. Schiffschiffs, war das Gelände zurückgewonnen, das aus der Zeit, jeden Landesbesitzer mit dem Namen Breda erbaute, in ein hügeliges Gelände mit einem Abhangen hat.

Auf der Karst-Hochfläche stehen unsere Truppen, den Berg von Breda umgeben, an der Isonzo vor. Unsere Artillerie beschützt den Berg von Breda.



Das Kampfgebiet am unteren Isonzo. 0 Km 5 Km 10 K.T.B. 1490

Ganz wurde im Stragelkamp geäußert, die Podgora hat abends erklärt. Der Raum von Dolanja, der Monte Sabotino und die Höhe Korada bildeten den Schauplatz von mitunter sehr heftigen Kämpfen. Zeitlicher Widerstand der Italiener war vergeblich. Die Verfolgung des in größter Verwirrung zurückweichenden Feindes führte aus über Cormons und den Monte Quaris.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen stehen vor Udine.

Auch im Gebirgsland nordwestlich von Cividale sind wir in raschem Fortschreiten begriffen.

Die italienische Rückzug-Front ist in den wichtigsten Abschnitten erschüttert. In Schnee und Sturm entlassen unsere Truppen dem Feind keine durch 2 1/2 Jahre ausgehalten Grenzstellungen südwestlich von Tarvis, bei Pontafel, im Blöden-Gebiet und auf dem großen Pal.

Das rasche, alle Hindernisse brechende Vordringen der Verbündeten macht es unmöglich, über die Zahl der Gefangenen und die herausgeholt wachsende Beute einigermaßen sicheres mitzuteilen.

In Raum südlich von Plava wurden allein 118 italienische Geschütze aller Kaliber eingebracht. Eine hier vorgehende Division nahm dem Feind in wenigen Stunden 60 Offiziere, 2000 Mann und 18 Geschütze ab.

Was an Kriegsgerät in der zwölften Isonzo-Schlacht erbeutet wurde, übersteigt weit das Bestsergebnis unserer galizisch-polnischen Sommeroffensive 1915.

Deftiger Kriegsausflug und Albanien. Unverändert.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 28. Oktober, nachmittags: In Belgien machten wir auf unserem linken Flügel auf der Halbinsel von Luighem weitere Fortschritte und hoben einige vom Feinde gefasste Gefangen an. Die Zahl der gestern dort gemachten Gefangenen übersteigt 200. Wir drangen südlich von Forges (nantes Maas-Ufer) in die deutschen Gräben und brachten Gefangene zurück.

Gegen 12.30 Uhr machten die Deutschen einen starken Angriff auf unsere Stellungen nördlich der Ferme Frodmont. Unser Feuer warf die Reihen der Stürmenden, die zerstreut wurden, nachdem sie ernste Verluste erlitten hatten, zurück. Etwa 60 Gefangene, darunter ein Offizier, blieben in unseren Händen.

Englischer Bericht vom 28. Oktober, nachmittags: Wir rücken unsere Stellungen an der Bahn Opera-Koulers in der Nacht leicht vor. Gestern morgen drangen belgische Truppen, die zusammen mit den Franzosen operieren, durch das Ueberfluswennungsgebiet und besetzten Mettem bei Brijulgen.

Im Laufe des Tages wurden von den französischen und belgischen Truppen nördlich von Mettem erfolgreiche Unternehmungen ausgeführt. Das Dorf Luighem wurde heute früh von den französischen Truppen genommen. Die ganze Halbinsel von Mettem ist jetzt in den Händen der Verbündeten. Eine weitere Anzahl Gefangener wurde eingebracht.

Frankreich und Belgien.

Der französische Ministerrat

Am Sonntag abend unter Vorsitz Poincarés zusammengetreten, um die militärische Lage zu prüfen und über die Mitwirkung der Verbündeten an der italienischen Front zu beraten.

Montet gegen Poincaré.

Die Rede Montets in der französischen Kammer enthält einige sehr bemerkenswerte Stellen, die von der Linken mit heftigem Beifall aufgenommen wurden, andererseits zu lärmenden Zwischenfällen führten.

Montet kritisierte u. a. die Ernennung Darlous. Darlous sei jetzt Redner gewesen, der in Bezug verlangt habe, den böse über Deutschland müsse erdrückt werden. Die Einigkeit und Einheitlichkeit Deutschlands sei für das europäische Gleichgewicht notwendig. (Wagliche Conti rief: Sie sind ein Anhänger der Einigkeit Deutschlands!)

Montet fuhr fort: Frankreich müsse jetzt seine Kriegspolitik überlegen, wenn es wolle, daß Deutsch-

land die seinigen bekanntgabe. (Zwischenrufe von links: Der Angreifer muß zuerst sprechen!) Eine Gesellschaft der Nationen müsse gebildet werden, eine andere Idee sei bisher nicht vorgebracht worden; auch Poincaré habe sie sich zu eigen gemacht. Die Ausübung einer entgegengelegten Politik werde im Reichstage gegen Frankreich ausgebeutet werden. Der Reichskanzler habe außergewöhnliche Worte über die Versprechungen unter den Alliierten, besonders gegenüber Rußland im März 1916, vorgebracht. Die Reichstagsmehrheit habe ihre Entschliebung durchgesetzt, der man trotz aller ihrer Vorbehalte Rechnung tragen müsse. Deutschland verlange jetzt Frieden, weil der Krieg wider sein Erwarten so lange andauere. Es solle dadurch Frankreich mittelbare Anerkennung. (Beifall auf der äußersten Linken; auf der Rechten und im Zentrum lebhafter Protestrufe.)

Vor der Abstimmung erklärte Montet, die Sozialisten könnten nicht für die Regierung stimmen in Folge der Widersprüche ihrer inneren und äußeren Politik; man dürfe nicht zugeben, daß die Herrschaft der Gewalt weiter andauere.

Eine belgische Friedensstimme.

Aus Brüssel wird berichtet, daß kürzlich in Antwerpen eine große Friedensversammlung stattgefunden habe, in welcher der Abgeordnete August Terns mit aller Schärfe gegen die im Ausland verbreiteten Gerüchte protestierte, daß das belgische Volk eine Fortsetzung des Krieges wünsche.

Rußland.

Die russischen Kriegsheer

haben sich dieser Tage in Warschau unter der Firma einer Konferenz der Politiker verjammelt. Wes Geistes Kinder diese seien, Politiker sind, ersieht man aus den gelagten Beschlüssen. In einer Entschliebung heißt es: „Trotz des Triumphes der deutschen Flotte in der Ostsee und der ernstlichen Bedrohung Petersburgs weist die öffentliche Meinung jeden Verrat der Sache der Alliierten durch einen Sonderfrieden ab. Die Konferenz glaubt bestimmt, daß das russische Volk die Kraft finden werde, den Krieg bis zu einem den Interessen und der Ehre Rußlands entsprechenden Ergebnis weiterzuführen.“

Weiter nahm die Konferenz zum Schluß einstimmig folgende Resolution an: „Die Konferenz beauftragt ihre Vertreter im Petersburger Vorparlament, bei der Regierung darauf zu bestehen, daß der Armee sofort die Politik entgegen, die Tätigkeit des Regimentsausschusses auf den ausschließlich wirtschaftlichen Wirkungskreis beschränkt, die Manues zu wieder eingeführt, die Macht der Generale und der Ortsgewalten beseitigt, die öffentlichen Ordnung überall durch Verkündung des Kriegszustandes in den von der Anarchie ergriffenen Gebieten wiederhergestellt und auf alle gefährlichen Beruche verzichtet wird, das wirtschaftliche Leben des Landes auf sozialistischen Grundlagen aufzubauen.“

Wenn diese Gesellschaft wieder zur Herrschaft kommen sollte, dann wehe dir, Rußland!

England.

Die englische Presse zur Niederlage Italiens.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus in London geben die englischen Blätter den Ernst der Lage zu, in der sich Italien befindet. Sie versichern Ähnllich, wie sie seinerzeit Rumänien gegenüber taten, daß Italien auf rücksichtslose Unterstützung der Alliierten rechnen könne und weisen darauf hin, daß eine ähnliche deutsche Taktik schon früher mißglückt sei.

Die „Times“ schreibt, es bestehe Grund, anzunehmen, daß die britische Isonzo-Front bei der französischen und kritischen Regierung prompte und sympathische Berücksichtigung finde. Man

Dame aus begründlichen Gründen nichts Positives mitteilen, aber es verlautet, daß der italienische Oberbefehlshaber bereits wisse, daß er sich auf die rasche und weitgehendste Hilfe, die die Alliierten gewähren können, verlassen könne. — Abwarten!

Aufbruchstimmung in Irland.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Irland meldet: Die Grasschaft Kerry steht schon völlig im Zeichen der Rebellion. Sir Casement ist der Vorkämpfer. Die Sinnfeiner sind völlig bereit, mit jedem Gegner Englands ein Bündnis gegen Großbritannien zu schließen. In der Hafenstadt Tralee macht man nicht einmal Gehör auf den freundlichen Gefühlen für Duffelland. Die britischen Truppen werden überall in der Grasschaft harpottiert. Manweigert sich, ihnen Nahrungsmittel zu verkaufen und ihnen Unterkunft zu gewähren.

Italien.

Ein interessanter italienischer Tagesbefehl.

Unter den erbeuteten Papieren der Brigade Foggia befindet sich folgender Tagesbefehl des kommandierenden Generals des 4. italienischen Korps vom 24. Oktober. Erster Angriffstag.

Angehörige des 4. Korps!

Der Oberst Turano hat den folgenden Tagesbefehl an seine Artilleristen ausgegeben: Die Stunde ist gekommen! Die große, erhabenste, vielleicht entscheidende Stunde. Der Feind ohnmächtig, die Soldaten Italiens zu überwältigen, im Innern erschöpft, auf der Schwelle der nahen Auflösung, ruft die Deutschen zur Hilfe. Und wir werden ihnen die Stirn bieten, diesen Schlächtern der Wehrlosen, die keine Verträge kennen, diesen anmaßenden Trümmern von Welt Herrschaft, gegen die, um der Freiheit und des Rechtes willen, die Welt selbst in Waffen sich erhoben hat. Keine Sache ist gerechter und edler als die, für die wir kämpfen. Mögen sie kommen, die Abkömmlinge Minins; sie werden nicht mehr des Varus Legionäre finden. Rom zerfiel, Italien, mit Rom, ist wieder erstanden, und durch die Kraft seiner Söhne schreitet es voran und hebt sich empor. Kameraden von der Artillerie! Die Stunde ist da! Laßt uns alle Herzen zu einem Herzen vereinen, stark und fest wie der Stahl unserer Geschütze. Laßt uns ihnen, wo es sein muß, ein Schild bilden mit unserer Brust, deren sicheres Dach sein wird der klare Himmel und deren Leuchte der Glauben an unser unsterbliches Geschick. Der König befiehlt es, das Vaterland ruft es, Gott will es!

Die erhabenen Worte, voll von Begeisterung und von Glauben an den Sieg, die der Oberst Turano an seine Artilleristen gerichtet hat, sollen nicht nur von den ihm unterstellten Truppen, sondern auch von allen übrigen Truppen des Armeekorps vernommen werden. Indem ich sie zu den meinen mache, wiederhole ich sie auch, sicher, daß alle Soldaten Italiens, welcher Armes oder welchem Korps sie auch angehören mögen, verbunden durch den einzigen Wahlspruch: „Sieg für das Vaterland, für den König,“ ihre Herzen vereinigen werden zu einem Herz, stark und fest wie der Stahl unserer Geschütze, und dem verwegenen Feind sagen und zeigen werden, bis hierher und nicht weiter. Es lebe Italien, es lebe der König!

24. Oktober 1917.

Der Generalleutnant und Führer des Armeekorps.
gez. Cavaciocchi.

Die Tatsachen der letzten Tage reden eine andere Sprache als dieser Tagesbefehl.

Bestürzung in Norditalien.

Seit Sonntagabend 10 Uhr ist die italienische Grenze zur Schweiz für jeden Personen- und Postverkehr vollständig gesperrt. Die letzten Reisenden, die aus Italien kamen, berichteten von der Bestürzung der Volksmassen. Zahlreiche Flüchtlinge aus den von den Deutschen und Oesterreichern eroberten Gebieten verbreiteten in den einzelnen Provinzen Norditaliens eine Panik, die von Tag zu Tag zunimmt. Udine mußte von der Zivilbevölkerung geräumt werden, in Gradisca ist vor einigen Tagen schon die Räumung durchgeführt worden.

Der Seekrieg.

Schwere Beschädigung eines englischen Monitors.

WB. Berlin, 29. Oktober. (Amtlich.)

Am 28. Oktober nachmittags wurde ein nördlich der Flandrischen Küste treuzender großer englischer Monitor von unseren leichten Streitkräften überfallen und schwer beschädigt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Das deutsche Kanonenboot „Eber“ von seiner Mannschaft versenkt.

Havas berichtet aus Rio de Janeiro: Als die brasilianischen Behörden das internierte deutsche Kanonenboot „Eber“ mit Beschlag belegten wollten, legte die Mannschaft das Fahrzeug in Brand und versenkte es.

Aus der Internierung entflohen.

Das Pariser „Journal“ meldet aus Newport: Aus dem Fort Macpherson sind der Leutnant z. S. Berg und neun Mann vom internierten deutschen Pfisendampfer „Appam“ entwichen. Die Suche mit Polizeihunden war ergebnislos.

Es handelt sich um den Leutnant z. S. Berg, der feinerzeit mit 22 Mann auf Befehl des „Möwe“-Kommandanten die Waise „Appam“ mit den Passagieren und Besatzungen zahlreicher versenkter Schiffe in glänzender Weise nach Newport News brachte.

Zur Frage der Abrüstung.

In einem offiziellen Kommentar zur Rede Sonninos in der italienischen Kammer erklärt das Organ der Papstes „Osservatore Romano“, daß der Papst als Mittel zur Abrüstung ein Abkommen zwischen den zivilisierten Nationen auf gleichzeitige und gegenseitige Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht ansieht. Das wäre ein sicherer und gangbarer Weg zur Erreichung des Zieles der Abrüstung.

Der polnische Regentkaiserat

ist am Sonnabend unter großen Feierlichkeiten eingesetzt worden. In den Reden sprach man wieder vom Königreich Polen und vom Anschluß an die Mittelmächte. Man sollte die zukünftige Gestaltung der polnischen Staatsform im eigenen Interesse der Mittelmächte ruhig den Polen selbst überlassen.

Oesterreich bleibt beim Verbandsfriedensfrieden.

Im Oesterreichischen Herrenhaus erklärte der Ministerpräsident von Seidler, daß die Oesterreichische Regierung beim Verbandsfriedensfrieden beharre.

Unsere Ziele sind dieselben geblieben, für die wir in den Kampf getreten sind: die Vertreibung unserer Existenz gegen die feindliche Bedrohung, die Sicherung unserer Freiheit und Selbstbestimmung, die Wahrung unseres Anspruchs auf gleichberechtigte Beteiligung an dem friedlichen Wettbewerb einer besseren Zukunft. Unsere militärischen Erfolge und die Eroberung unserer unbestimmlichen, inneren Widerstandskraft, die gemessen an dem so wenig aggressiven und für den Gegner so

Der amtliche Kriegsbericht. Aus Übed und den Hamburggebieten.

Dienstag, 30. Oktober.

Schwere Artilleriekämpfe im Westen.

Keine Defekt. — Schwere Nachdrängen in Venetien.

WB. Großes Hauptquartier, 30. Oktbr. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsausflug.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern war die Artillerietätigkeit im Abschnitt von Dünkirchen mit kurzen Unterbrechungen lebhaft.

Zwischen dem Southousterwald und dem Kanal Comiers-Oporn erreichte der Feuerkampf gestern zeitweise große Stärke. Er blieb auch nachts heftig und hat sich heute morgen zum Trommelfeuer gesteigert.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Beiderseits von Braye, am Chemin des Dames, jagten die Franzosen gegen Abend ihr Feuer zu kräftiger Wirkung zusammen. Nach vorübergehendem Nachlassen hat sich der Artilleriekampf seit Tagesanbruch dort wieder verstärkt.

Auch in den anderen Teilen der Bergfront war der Einsatz der Artillerien größer als an den Vortagen.

Auf dem rechten Maasufer drängen bewährte Kampstruppen nach wirksamer Feuernorbereitung in die feindlichen Stellungen nordwestlich von Bezonvaux ein. Ueber 1200 Meter Breite eroberte Gräben wurde gegen vier, bis in die Nacht wiederholte Angriffe starker französischer Kräfte gehalten. Der Feind hat schwere blutige Verluste erlitten.

Bei den andern Armeen riesen eigene und feindliche Erkundungsvorstöße mehrfach lebhafteste Artillerietätigkeit hervor.

Auf dem östlichen Kriegsausflug und an der mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Udine ist von den verbündeten Truppen der 14. Armee genommen. Der bisherige Sitz der italienischen obersten Heeresleitung ist damit am sechsten Tage der erfolgreichen Operationen in unsere Hand gefallen.

Unaufhaltsam, keine Anstengung achtend, drängen unsere Divisionen in der Ebene dem Lauf des Tagliamento zu.

An den wenigen Uebergängen des durch die Regengüsse hoch angeschwollenen Flusses flaut sich der Rückzug des geschlagenen feindlichen Heeres.

Die aus Kärnten vorgehenden Truppen haben auf der ganzen Front venetianischen Boden besetzt und sind im Vorwärtsdrängen gegen den Oberlauf des Tagliamento.

Der Erste Generalquartiermeister. Zubendorf.

wenig bedrohlichen Zielen, als weit überragend betrachtet werden müssen, haben uns bereitigt, als erste das Wort Frieden auszusprechen und unsere Bereitwilligkeit zu Verhandlungen kundzugeben. Wir haben den Standpunkt der Friedensbereitschaft fester festgehalten, und wir bleiben bereit, uns mit dem Gegner an den Verhandlungstisch zu setzen, sofern er von der gleichen Absicht bewegt ist, das heißt uns nicht einseitig Anstrengungen zuzwingen, sondern die Grundlageln für ein friedliches und gleichberechtigtes Verhältnis der Staaten schaffen will.“

Dieses Bekenntnis zum Verhandlungsfrieden, diese Ubsage an Annexionen und Kontributionen ist in einem Augenblick bedeutsam, da die verbündeten Truppen der Mittelmächte im Vormarsch in Italien sind.

England und die „Freiheit“ der Kleinen Staaten.

Die „Kölnener Volkszeitung“ berichtet: Wie sehr Deutschland mit seiner Forderung der Freiheit der Meere auch die Interessen neutraler Staaten fördert, zeigt kürzlich wieder ein Vorkommnis in Spanien. Dort bedachte nämlich in einer großen Rede der bekannte Karlistenführer Mellá einen bisher unbekannt gebliebenen Vertrag Englands mit der spanischen Regierung auf, der nichts weniger besagt, als daß England erklärte, es dürfe im Umkreis von 30 Kilometer kein spanisches Geschick um Gibraltar stehen. Würde dies Verbot irgendwie verletzt, betrachte man den Kriegszustand als gegeben! Wahrscheinlich, der „Besitzer kleiner neutraler Staaten“ demaskiert sich immer mehr. Umsonst ist in Spanien daher der Hohn und Spott über all die wohlklingenden Phrasen der Entente nicht. „Freiheit, die ich meine!“

Nach zuverlässigen Meldungen veranlaßt die Entente, um die sinkende Kriegsbegeisterung anzufachen, in Italien Vortragsreisen von Belgiern zur Schilderung der angeblichen Vergewaltigungen des Landes. Einer dieser Redner stieß auf starken Widerstand und rief im Zorn: „Was wollt Ihr? Wenn England das Tor von Gibraltar schließt, müßt Ihr Italiener in acht bis vierzehn Tagen verhungern!“ Der Belgier kennt wohl aus eigener Erfahrung die Methoden, mit denen England seine Trabanten bei der Stange hält.

Troostra über das vorläufige Ende Stockholms.

In seinem letzten, auf der Heimreise geschriebenen Stockholmer Briefe äußert Troostra sich sehr bezeichnend über die Vorarbeiten des holländisch-schwedischen Komitees. Daran anschließend schreibt er u. a.:

„Noch haben wir uns in keinem Land breit zu machen verstanden für das große Werk, das unser wartet. Die Beziehungen zu den Regierungen, in die die Tatsache des Krieges uns schon an sich gebracht hat, sind zu verwickelt, um sie ohne weiteres abbrechen zu können. Man kann der Internationale nicht dienen, indem man seine Nation verrät. Nur gleichzeitige und gleichartige Aktionen in allen kriegerischen Ländern können den Zauber des Bürgerfriedens gänzlich verschwinden machen. Und das kann nicht Vorbedingung, sondern nur die Folge einer glücklichen Konferenz sein. Es ist in allen Ländern bereits ein kräftiges Wirken zu beobachten. Zum ersten gegen die imperialistischen Triebkräfte. Das erfuhrt Briand in Frankreich, Lloyd George in England, Michaelis in Deutschland. . . Und wer mag zu bestreiten, daß es vor allem in Stockholm war, das an den Fronten und bei den Flotten in allen Ländern die Geißel wachgerufen hat zum Kampf für den Frieden? . . . Wohl, es sind Zeichen vorhanden, die darauf weisen, daß, wenn der Friede nicht bald kommt, die Revolution kommen wird. Aus der sich entwickelnden Rebellion kann jedoch nur eine politische und soziale Revolution entstehen, wenn die Kampfmethoden geordnet sind und eine politische geschulte, zum Handeln fähige Leitung in allen Ländern vorhanden ist. . .“

Kaufschlaub.

Wieder taumelt Blatt um Blatt
Lebensraub vom Baume,
Leise leuzend, todteummatt
Hin am Waldebsaume.

Wieder sind's die alten Lieder,
Ist's das alte Kaufschlaub,
Und mit Wehmut müssen wieder
Stille wir ihm lauschen.

Wenn auch Aftern, Georginen
Blühen noch im Garten,
Wird der Tod doch auch bei ihnen
Nicht mehr lange warten.

Morgen schon vom eifigen Dauche
Sinkt die letzte Blume
Mit dem letzten Blatt vom Strauche
In die Gartenkrume.

Und die Vögel sind nach Süden,
Lerche, Pirol, Drossel, Star —
Ach, das Herz sehnt sich nach Frieden,
Frieden, wie er einstmal war.

G. O. Kuffert.

Friedenspreise — Kriegspreise.

Allgemein bekannt ist, daß die Preise für Kleiderstoffe und Kurzwaren ganz unangehörlich gestiegen sind. Es ist recht nützlich, unsern Lesern einmal einen Vergleich zwischen den Friedens- und Kriegspreisen zu unterbreiten. Der Konfektionär hat darüber kürzlich eine lange Liste veröffentlicht, der wir entnehmen:

| | Preis in Mark früher | heute |
|---|----------------------|-------------|
| Wolle, reinwollene Rammgarne und Gabardines | 3,00—4,50 | 40,00—45,00 |
| Grobwollene Stoffe | 1,60—2,50 | 24,00—27,00 |
| Belour | 4,50—9,00 | 40,00—50,00 |
| Wattierleinen | 0,30—0,35 | ca. 4,00 |
| Wollmuffelin | 0,65—1,10 | ca. 8—10,00 |
| Baumwollmuffelin | 0,27—0,28 | ca. 4—5,00 |
| Puttersatin | 0,50—0,68 | ca. 5,00 |
| Fällfutter | 0,35—0,50 | ca. 8,00 |
| Wollstoffe | 12,00—18,00 | 50,00—60,00 |
| Rammgarne | 6,00—10,00 | 40,00—50,00 |
| Bucklins | 3,00—5,00 | ca. 28,00 |
| Seidentuche | 0,22—0,50 | 6,00—7,00 |
| Taschentücher | 0,08 | 1,25 |
| Wäsche 1 Rolle | 0,08 | 0,60 |
| do. 1 kleine Rolle | 0,08 | 0,30 |
| Maschinengarn 1 kleine Rolle | 0,08 | 0,30 |
| do. 1 große Rolle | 0,15 | ca. 0,90 |
| Baumwollband 1 Stück (3 Meter) | 0,05 | 0,65 |
| Baumwollsocken Duzendpaar | 3,00 | 48,00 |

Wie der „Textilarbeiter“ konstatiert, kommen im Durchschnitt nicht 6 Prozent dieser erhöhten Preise auf das Lohnkonto. Der Geldbesitzer strömt eben den — Kapitalisten zu.

Herabsetzung der Kartoffelpreise auf 7 Mark pro Zentner für alle Einwohner Lübeds, die bis zu 3000 Mk. verdienen. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern abend in einer besonderen Sitzung mit folgendem Antrag des Senates zu beschäftigen:

Der Ausschuss für Kriegshilfe hat in seinem Bericht vom 26. d. M. auf die Notwendigkeit hingewiesen, die jetzt gültigen Kartoffelpreise einmal zum Zwecke einer Beschränkung der Abnahme des Winterbedarfes, dann aber noch weiter zur Erleichterung von dessen Anschaffung durch die Minderbemittelten zu ermäßigen, und hat beantragt, ihm den dazu erforderlichen Betrag von zusammen 172500 Mk. zur Verfügung zu stellen. Der Senat, der sich den Ausführungen des Berichtes in allen Punkten anschließen kann, stellt daher zur Genehmigung des Bürgerausschusses: daß dem Ausschuss für Kriegshilfe zur Ermäßigung der jetzigen Kartoffelpreise ein Betrag von 172500 Mk. aus dem Senate durch Rat- und Bürgerauschuß vom 17. September 1917 zu „Kriegszwecken“ bewilligten Mitteln (2000000 Mk.) zur Verfügung gestellt werde.

In dem Berichte des Ausschusses für Kriegshilfe, auf den der Senatsantrag Bezug nimmt, wird ausgeführt, daß zunächst die Abhilfe bestand, den Kartoffelpreis auf 8,50 Mk. herabzusetzen. Aber auch der Preis von 8,50 Mk. ist immer noch so hoch, heißt es weiter, daß ein großer Teil der minderbemittelten Kreise nicht in der Lage sein wird, die Kosten für die einzulagernden Kartoffeln in vollem Umfange aufzubringen. Sowohl der Verband der Bauarbeiter, wie das Gewerkschaftskartell haben sich mit Eingaben an die Kriegshilfe gewandt und gebeten, „geeignete Schritte zu unternehmen, damit der minderbemittelten Bevölkerung die Kartoffeln für den wirklichen Preis von 5,50 Mk. per Zentner geliefert werden und die übrigen Zuschläge aus der Staatskasse getragen werden“. Die Ermäßigung der Kartoffelpreise auf den vom Gewerkschaftskartell gewünschten Betrag hat der Ausschuss für Kriegshilfe abzulehnen beschlossen. Die Kosten, die dadurch erwachsen, würden ganz außerordentlich hoch sein. Sie belaufen sich, wenn man annimmt, daß ¼ der noch für die Winterzulagerung in Betracht kommenden Menge von der minderbemittelten Bevölkerung (Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 Mk.) beansprucht werden, auf (75000 Zentner mal 8 Mark gleich) 225000 Mk. Der Ausschuss für Kriegshilfe hält auch ein derartig weites Entgegenkommen für nicht gerechtfertigt. Mit Rücksicht auf die in diesen Tagen beschlossene Verteuerung von Brot und Zucker und im Hinblick auf die außerordentlich hohen Preise für Feuerung und Kleidung, welche für die minderbemittelte Bevölkerung trotz der für manche Arbeitergruppen günstigen Gewerkschaftsverhältnisse eine Erschwerung der allgemeinen Lebensverhältnisse mit sich gebracht haben, hält der Ausschuss für Kriegshilfe es jedoch für geboten, für die Minderbemittelten eine besondere Verbilligung der Kartoffeln herbeizuführen. Für die Einkommen bis zu 3000 Mk. ist eine Herabsetzung des Kartoffelpreises auf 7 Mk. für den Zentner dringend erwünscht, d. i. der Höchstpreis, welcher den Lübedischen Kartoffelerzeugern bei Lieferung frei Haus zusteht. Die Kosten, die dem Staat durch diese Herabsetzung erwachsen, sind allerdings auch nicht unerheblich. Nimmt man an, daß von den Minderbemittelten noch 75000 Zentner eingenommen werden, so berechnen sich die Mehrkosten auf insgesamt 172500 Mk. Diese Kosten erscheinen zwar außerordentlich hoch. Es ist dabei aber in Betracht zu ziehen, daß je mehr Kartoffeln in Privatellern eingelagert werden, eine um so größere Sicherheit in der Versorgung der Bevölkerung für die kalte Jahreszeit erzielt wird, in welcher die Beförderung von Kartoffeln schwer oder gar nicht möglich ist. Ferner wird es dann vielleicht möglich sein, das mit großen Kosten und unermesslichen erheblichen Verlusten verbundene Einmieten von Kartoffeln ganz zu vermeiden, sowie auch die in den Kellern von der städtischen Kartoffelstelle einzulagernden Mengen stark herabzumindern. In je größerem Umfange Kartoffeln aufgespeichert werden müssen, um so größer ist auch das Risiko, welches damit verknüpft ist. Verluste durch Fäulnis usw. lassen sich trotz sorgfältiger Bearbeitung, welche übrigens auch verhältnismäßig hohe Kosten verursacht, nie völlig vermeiden, und es ist nicht zu

weisen, daß durch die Verringerung der einzuführenden Mengen auch nicht unbedeutende Ersparnisse erzielt werden.

Der Bürgerausschuß stimmte dem Senatsantrag einstimmig zu. Abgelehnt wurde von ihm ein von Geröfen Senze gestelltes Ersuchen, das die Herabsetzung des Kartofelpreises auf 5,50 Mt. pro Zentner bezweckte. Dem gleichen Schicksal verfiel ein Antrag des Herrn Heise, der allen Lübeckern, die bereits ihre Kartoffeln zu den bisher geltenden höheren Preisen eingekauft haben, die Differenz zurückzahlen wollte.

Für die notleidenden Deutschen in Riga bewilligte der Bürgerausschuß auf Antrag des Senats gestern abend 25 000 Mt. Diese Summe soll dem deutsch-evangelischen Hilfskomitee in Riga zur Verteilung überwiesen werden.

Eine Verordnung über Auskunftserteilung veröffentlicht das Zentralerziehungs-Generalkommando im Kaiserenteil der heutigen Ausgabe unseres Blattes. Es handelt sich um Maßnahmen zur Verhinderung einer den deutschen Interessen zumiderlaufenden Auskunftserteilung. Diese Verordnung wird durch die Stellvertretenden Generalkommandos im ganzen Deutschen Reich einheitlich eingeführt.

Der unzuverlässige Müller. Auf Grund des § 69 der Reichsgesetzgebung für die Jahre 1917 vom 21. Juni 1917 wird, wie das Lübecker Volksblatt bekannt gibt, die Mühle des Müllers H. Kattje, Mölling, wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers geschlossen.

Für Halter von Jagdtieren, Fahrzeugen und Kraftwagen. Bei dem Polizeiamt ist laut heutiger Bekanntmachung ein Kriegsfuhramt eingerichtet, das Behörden und Kriegswichtigen Betrieben verfügbare Jagdtiere, Fahrzeuge und Kraftwagen nachweisen und zu dem Zweck Beförderungsmittel und Spandienstleistungen auf Grund des Kriegsfuhrgesetzes anfordern kann. Im Geltungsbereich der Fuhramtordnung, nämlich in der Stadt Lübeck und den alten Vorstädten, sind die Halter von Beförderungsmitteln verpflichtet, dem Fuhramt bis zum 5. November die Zahl und den Standort ihrer Beförderungsmittel auf amtlichem Bordruk mitzuteilen, gleichzeitig aber und in Zukunft werktäglich bis nachmittags 3 Uhr die am nächsten Tage unbeschäftigten Beförderungsmittel aufzugeben. Erweist sich, daß diese Meldung der freien Beförderungsmittel von den Verpflichteten nicht peinlichst genau erachtet wird, so wird entweder gegen den einzelnen Säumnigen oder im allgemeinen angeordnet, daß täglich ein vollständiger Beförderungssplan für die einzelnen Beförderungsmittel eingereicht wird. Mit der Leitung des Kriegsfuhramtes ist Herr Max Schiemann, Schlosser der Firma A. Behn & Sohn, betraut, die Geschäftsräume befinden sich Bahnhofsstraße 43-45, Fernsprecher Nr. 2 und 402.

Die Gesundheitsverhältnisse hatten in der Woche vom 7. bis 13. Oktober in den größeren deutschen Städten folgende Ergebnisse: Auf 1000 Einwohner und als Jahr berechnet haben in den Orten mit mindestens 75000 Einwohnern ohne Ortsfremde in Aachen 13,2, Altona 9,7, Augsburg 14,2, Berlin 12,2, Berlin-Umland 9,1, Berlin-Schöneberg 12,0, Berlin-Steglitz 1,8, Berlin-Wilmersdorf 5,5, Braunschweig 12,2, Bielefeld 14,0, Bochum 13,2, Bremen 13,0, Breslau 16,4, Rastatt 12,0, Charlottenburg 13,3, Chemnitz 12,8, Köln 14,5, Krefeld 12,0, Danzig 9,0, Darmstadt 13,1, Dortmund 12,5, Dresden 11,7, Duisburg 14,6, Elberfeld 14,3, Erfurt 12,6, Eilen 10,3, Gelsenkirchen 11,0, Götting 19,4, Hagen 11,3, Halle 14,3, Hamburg 16,0, Hannover 11,1, Karlsruhe 12,8, Kiel 8,3, Königsberg 13,4, Königsbrunn 18,8, Leipzig 13,4, Lingen 17,7, Lübeck 13,8, Ludwigshafen 12,2, Mainz 11,5, Metz 10,6, München 12,0, Mülheim 11,2, Münster 11,5, Nürnberg 19,1, Neudamm 5,9, Nürnberg 1,7, Oberhausen 9,0, Osnabrück 13,6, Osnabrück 9,7, Posen 14,7, Remscheid 8,4, Saarbrücken 9,8, Stralsund 11,5, Stuttgart 12,9, Suhl 13,5, Wiesbaden 13,1, Zwickau 9,2. Mit Einschluß der Fremden betrug die Sterblichkeit ferner in Barmen 9,7, Düsseldorf 8,9, Frankfurt a. M. 9,1, Würzburg 22,7.

Amliche Weidenanfänger. Die Kriegsamtsstelle hat die Firmen H. G. Meyer jun., Komm.-Gel. auf Aktien in Herbolz a. Elbe, Carl Frey & Co. in Burg bei Bremen als amliche Anfänger für Weiden für den Bezirk des 9. A.-K. gemäß der Bekanntmachung des k. k. Generalkommandos 9. A.-K. betreffend Beschaffung von Weiden, Weidenzweigen, Weidenzweigen und Weidenzweigen beauftragt. Für die Kreise Lüne, Gehrden, Blumenfel, Lehren, Elmshorn, Scharhol, Jern und Rethen, sowie für das Bremer Gebiet ist die Firma Carl Frey & Co. in Burg bei Bremen als zuständig zu betrachten, während für alle übrigen Teile des Bezirkes des 9. A.-K. die Firma H. G. Meyer jun., Komm.-Gel. auf Aktien in Herbolz a. Elbe, zuständig ist. Alle Pflanz- und Züchter von Weiden, letztere, soweit deren Jahresernte unter 2000 Zentner grüner Weiden bleibt, werden hier-

Verordnung über Auskunftserteilung.

Gemäß des § 5b des Gesetzes vom 4. Juni 1881 über Auskunftserteilung bestimmt es folgendes:

1. In dem Bedarfsbereich, welche die Erteilung von Auskünften über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten zum Gegenstand haben, dürfen keine Auskünfte erteilt werden, die herkömlich:

- a) militärische Angelegenheiten,
b) den Krieg angelegene Angelegenheiten in leinmännlicher und weiblicher Verleber,
c) Angelegenheiten der Heeres- und Marineverwaltung,
d) Angelegenheiten, von denen der Auskunftserteilende weiß oder den Umständen nach anzunehmen muß, daß sie als Anhaltspunkte für Aufschlüsse auf Anlagen und Betriebe dienen können, die für die Landesverteidigung oder Kriegswirtschaft von Bedeutung sind.

2. Auch die Erteilung solcher Auskünfte ist den genannten Gebietsbehörden untersagt.

3. Auskünfte über Bestellungen einer deutschen Firma zum Auslande dürfen nur mit deren Zustimmung gegeben werden.

4. Justizbehörden gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis einem Jahre bestraft, sind mildere Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark erkannt werden.

5. Angewandte kann der Gewerbetreibende ganz oder zum Teil unzulässig werden.

Der k. k. Kommandierende General, v. Falk, General der Kavallerie.

Hansa-Theater.

Donnerstag, den 1. November, abends 7 Uhr:

Vortrag

Dr. Paul Rohrbach, Berlin: „Wo führt der Weg zum deutschen Frieden u. zur deutschen Zukunft?“

Karten: Musikalienhandlung Robert, „Holstenhaus“, Zigarrenhandlung Köhlich, Holstenstr. und an der Theaterkasse. (335)

Der Ernst der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben für den

Lübecker Volksboten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbet Abonnenten und Mitglieder!

durch aufgefordert, unverzüglich ihre Bestände dem zuständigen Anstifter zu melden und zum Kauf anzubieten.

Entwertung der Bezugsheine durch die Gewerbetreibenden. In den „Mitteilungen der Reichsbetriebsstelle“ lesen wir: Es ist beobachtet worden, daß einzelne Kleinhändler die von ihrer Kundenschaft empfangenen Bezugsheine nicht entwertet, sondern zum Weiterverkauf benutzt haben. Die Verkäufer werden vor solchen Bezugsheinen eindringlich gewarnt. Sie haben die eingekommenen Bezugsheine vielmehr durch deutschen Vermerk (Lochen oder dergl.) ungültig zu machen, zu sammeln und am 1. jeden Monats an die zuständige Behörde ihres Wohnorts abzuliefern. Eine Benutzung der von den Kunden abgegebenen Bezugsheine zu weiterem Einkauf ist auch schon unbeschwiegen verboten, weil die Bezugsheine laut dem Vermerk auf der Rückseite nicht übertragbar sind. Zuwiderhandlungen sind mit Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark bedroht; außerdem kann die Schließung des Geschäfts von der zuständigen Behörde angeordnet werden. Die Gewerbetreibenden haben in Zukunft umachtliches Vorgehen bei betrüglichen Verträgen zu erwarten.

Lübecker Konsumentenvereine. Die Lübecker Konsumentenvereine hatten die ihr angeschlossenen Vereine am 24. Oktober zu einer Versammlung in den „Wintergarten“ zusammenberufen, in der der Vorsitzende Dr. Hartwig den Jahresbericht erstattete. Die Zahl der angeschlossenen Vereine ist etwas zurückgegangen, die Kassenergebnisse sind günstig. Die Arbeit der Vereinigung vollzog sich in der Hauptsache in den Ausschüssen und Kommissionen, die zur Versorgung Lübecks mit Lebensmitteln eingesetzt sind, und in denen Mitglieder der Vereinigung sich und Stimme haben. Der Gesamtausschuß beschäftigte sich u. a. mit der hiesigen Obst- und Gemüseverteilung, mit der Verteilung des Zuckers und mit den neuen Kartofelpreisen, gegen deren Höhe bei der Reichsfuhrstelle Einspruch erhoben wurde. In der letzten Zeit hat sich die Vereinigung hauptsächlich um die Versorgung unserer Bevölkerung mit Brennholz bemüht; die Einführung der Kohlenkarten z. B. ist durch sie veranlaßt worden. Weiter erstuchte die Vereinigung sämtliche Zeitungsverleger, in Berichten über Bücherpreise die Beurteilten mit vollen Namen zu nennen. In der Zusprache wurde von Herrn Stelling, dem Vertreter des Konsumvereins, der Wunsch ausgesprochen, die Vereinigung möge mehr an die Öffentlichkeit treten und in der Folgezeit besonders die Bekämpfung des Kriegswunders ins Auge fassen.

Volkskonzerte. In diesem Winter wird für die Arbeiterbevölkerung unserer Vaterstadt eine Reihe von Konzerten veranstaltet werden. Die drei ersten, den Festen nach der Woche Ost und Mähen im Süd neuer Kraft, neues Lebenswille und neuer Lebensfreude mit auf den kühneren Weg zu gehen. Zu dem Zwecke hat sich aus Mitgliedern des Ausschusses für Konzerte ein Unter Ausschluß gebildet, dem außer dem Unterzeichneten die Herren Mehlhorn und Stelling angehören. Dankenswerterweise hat sich auch Herr Carlau vom Lehrer-

langweilen dem Unter Ausschluß angeschlossen und seine langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiete des Konzertwesens und seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Der Ausschluß für Konzerte hat in richtiger Würdigung der Bedeutung der einzurichtenden Konzerte einen größeren Betrag bewilligt, um dadurch ihm den ungehinderten Fortgang der Veranstaltungen zu sichern.

Um jedem die Beteiligung zu ermöglichen, finden die Konzerte an Sonntagnachmittagen von 4-6 Uhr statt, und zwar ausschließlich im Martorssaal des Stadttheatergebäudes, da ein größerer Raum nicht zur Verfügung steht. Der Preis für die Eintrittskarte beträgt für jede Veranstaltung 50 Pfennige; Garderobe und Programm sind frei. Der Ausschluß für die Volkskonzerte hofft, daß die Veranstaltungen die volle Unterstützung unserer arbeitenden Bevölkerung finden. Sollte, wie wir wünschen, der Andrang so groß sein, daß die für ein Konzert zu vertretenden Karten weit überzeichnet werden, wird es am nächsten Sonntag wiederholt werden. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten und eine Überfüllung des Saales zu vermeiden, ist eins allerdings unbedingt notwendig: die Karten dürfen immer nur für den Sonntag benutzt werden, für welchen sie ausgestellt sind. Ist also jemand verhindert, ein Konzert zu besuchen, muß er seine Karte entweder verfallen lassen oder sie einem andern zur Verfügung stellen. Die Vertretung der Karten geschieht nicht öffentlich, sondern ausschließlich durch die Arbeiterausschüsse, den Arbeiterbildungsverein usw.

Derartige Konzerte können nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn die zu verpflichtenden Künstler und Künstlerinnen auch hohen Ansprüchen genügen. Schon jede Mittelmäßigkeit muß ausgeschlossen werden. Die dem Ausschluß Rechnung getragen und die Wahl der Solisten danach getroffen. Verpflichtet ist für das erste Konzert, das am Sonntag, dem 11. November, stattfindet, das Ehepaar Roland Hell (Tenor) und Frida Hell-Majles (Sopran), das Pieder und Duette singen wird. Herr Professor Andreas Hofmeier hat die Begleitung am Flügel übernommen und wird auch einige Klavierstücke in die Vortragsfolge einfügen. Im zweiten Konzert wird die Lübecker Kammermusik-Vereinigung des Herrn Professor Hofmeier, Konzertmeister Szentos und Solocellist Corbach mitwirken. Eingerahmt wird die Vortragsfolge durch zwei Trios für Klavier, Violine und Cello von Haydn und Beethoven; außerdem wird jeder der Herren ein oder mehrere Soli spielen. Um die Hörer in die Gedankenwelt Haydns und Beethovens einzuführen, wird dem Programm eine kurze Einführung in die beiden Trios beigegeben werden. Der dritte Nachmittags ist ausschließlich dem Heiteren gewidmet. Herr August Woh aus Hamburg, ein ganz vortrefflicher Sprech- und Vortragskünstler, wird Plattdeutsches aus dem Werke unserer besten Humoristen wie Reuter, Brindmann, Lau u. a. rezitieren. Ueber die nachfolgenden Veranstaltungen liegen naturgemäß Abmachungen noch nicht vor, da man zunächst den Erfolg der ersten wird abwarten müssen. Gedacht ist, das darf ich wenigstens sagen, an den Kammermusiker Kruse (Cello), Fr. Marianne Geiger (Pieder zur Laute) und die schon genannte Kammermusik-Vereinigung. Natürlich wird dem nichts im Wege stehen, etwa auch das Ehepaar Hell oder August Woh aufs neue zu verpflichten, falls dem Ausschluß aus dem Kreise der Hörer dieser Wunsch entgegengebracht werden sollte. An unserer Bevölkerung liegt es, die Veranstaltungen so zu unterstützen, daß sie auch nach dem Kriege, wenn auch in etwas anderer Form, zu ständigen Einrichtungen werden. Was Hamburg durch seine Volkskonzerte in vorbildlicher Weise erreicht hat, wird hoffentlich dann auch bei uns nachgeahmt werden können. Damit würde einem Wunsche entsprochen werden, den viele einsichtige Freunde der reinen Kunst hegen. J. Hennings.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Oktober 1917. (Amlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch unsere U-Boote wiederum 15 000 Br.-Keg.-Lo. vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die beiden bemanneten englischen Dampfer „Elmsgarth“ Ladung 4800 To. Zuder, und „Aberina“. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ sind die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Geschäftlich in Lübeck.

Kriegsfuhramt.

Zu Nr. 569 der Lübeckischen Anzeigen erscheint neben einer Fortsetzung der Verordnung über die Heranziehung von Zugtieren zu kriegswichtigen Transporten eine vom Polizeiamt erlassene Ordnung für das Kriegsfuhramt, welche für den Bezirk der Stadtgemeinde unter Ausschluß der eingemeindeten Orte gilt, u. a. die Halter von Zugtieren, Fuhrwerken und Kraftwagen zu wiederholten Meldungen verpflichtet. Die Betroffenen haben sich Kenntnis von den Vorschriften zu verschaffen.

S & E, den 29. Oktober 1917. (3349)

Das Polizeiamt.

Konsumverein für Lübeck und Umgeg.

e. G. m. b. H.

Zu kaufen gesucht Weinflaschen, sowohl für Rot- als wie auch für Weißwein. (3356)

Siehe seine können in unseren Warenabgabestellen abgegeben werden, größere Mengen bitten wir nach unserem Hauptlager Danforthstraße 102 zu liefern.

Visitenkarten

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Burgtor.

Platzverkauf

bis auf weiteres in der

Roeckstraße 50

(alte Wagenhalle der Straßenbahn)

Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend von 8-2 Uhr. (3350)

Heinrich Diestel.

Nachruf.

Als weiteres Opfer dieses grausamen Weltkrieges fiel im Westen unser Kollege

Albert Dehn

Dreher.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Arbeiterschaft der Maschinenwerkstatt der Schiffswerft von H. Koch A.-S., Lübeck. 3356

Hansa-Theater.

Mittwoch, den 31. Oktober, abends 7 Uhr: (3351)

Er und seine Schwester.

HANSA-THEATER.

Sonnabend, 3. Novbr., abends 7 Uhr

Vortragsabend

Otto Ernst

Vortrag eigener Dichtungen.

Karten: Musikalienhandlung Robert, „Holstenhaus“, Zigarrenhandlung Köhlich, Holstenstr. und an der Theaterkasse. (3354)

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lübeck. Volksbote“ Johannstraße 46.

Stadttheater.

Dienstag, den 30. Oktbr. 1917

Auf Wunsch:

Der Barbier v. Sevilla

Mittwoch, den 31. Okt. 1917

Die toten Augen.

Donnerstag, den 1. Nov. 1917

Zur Reformationsteier:

Neuheit!! Neuheit!!

Luther a. d. Wartburg

Schauspiel v. Friedr. Lienhard. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Luther-Bedenken.

Zum 31. Oktober.

Von Pastor emer. Hermann Tsch.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir ehren das Andenken des Reformators, indem wir einem Lebenden das Wort geben, dessen Denken uns noch von echtem Reformationsgeist erfüllt scheint. Eine Stellungnahme zu religiösen Problemen gehört indes nicht zu den Aufgaben eines politischen Blattes, und es ist selbstverständlich, daß der Herr Verfasser in dieser Beziehung für sich allein spricht.

Menschen, die ihr den gegenwärtigen Zusammenbruch des Menschentums schmerzhaft beklagt, tröstet euch mit der Hoffnung, daß aus dem Chaos eine neue Welt emporsteigt und auf den Charfreitag dieser Tage ein frühliches Ostern folgt, heute aber mit der Erinnerung. Aus dem Buche der Menschheitsgeschichte und der Bege des Menschengeistes (von seinen Niederlagen berichtet uns die Geschichte des Menschlichen, Allzumenschlichen) strahlt uns ein Name entgegen, an welchen kein Lobspruch hinanreicht: Martin Luther. Was Mensch nur heißt, soll heute sich schämen und das Haupt verhüllen, aber alles, was Mensch ist, wisse sich die Krone vom Angeficht und freue sich. Luther, ein sonderlicher unter denen, deren Vernunft Vorurteil von Erkenntnis und Meinung von Gewißheit unterscheiden konnte, deren Freiheit und Selbständigkeit das Joch jeglicher Knechtschaft zerbrach, deren ursprüngliche Majestät alle erborgten und scheinbaren Autoritäten in den Staub trat, einer der wenigen Menschheitspropheten, der nicht die blutigen Märtyrerkrone empfing.

Die Grenze der menschlichen Vernunft heißt Zweifel, der Glaube allein ist Pforte und Weg zur vollkommenen Erkenntnis. Wie das Erbe erst durch Arbeit zum Eigentum wird, so ist auch keine Natur und Natürlichkeit, es bilde sich dem das Geschöpf nach dem Schöpfer. Keine Bewahrung, kein Wachstum des Ursprünglichen, es kehre denn stetig zur Höhe und Tiefe und Fülle des Ursprungs zurück. Keine wahre Menschennatur ohne sittliche und Geisteskultur. Der Mensch, welcher sich vom Tier unterscheiden will, muß edel, hilfreich und gut, muß religiös und sittlich, muß Christ sein. Nur eine Leuchte erkennt Luther an für seine natürliche Vernunft, nur einen Meister für seinen ursprünglichen Geist, nur eine Fessel für seine persönliche Freiheit, Christus. Der Reher wird zum Reformator. Durch den Vorhang des Symbols, der Zeremonie, des priesterlichen und predigamtlichen Mittelalters führt er den Glauben ins Heiligum, wo über den Schriften der Propheten und Apostel der Geist Jesu Christi schwebt. Wer sich zur Internationalität des Menschen- und Christentums bekennet, wird auch wahrhaftig international sein. Luther weiß und lehrt die ursprüngliche Autorität und Souveränität des Volkes als Ansehen und Majestät des Staates und seiner Leiter nur die Pflichterfüllung und den treuen Dienst am Volk. Wo scheinbare und übertragene Macht sich absolut und ursprünglich gebart, wo Gewalt zur Vergewaltigung, Wille zur Willkür, Geheißlichkeit zur Laune wird, wo man Gefinnung erzwingen, dem Gewissen befehlen will, tritt das Gebot in Kraft, Gott mehr als den Menschen zu gehorchen. Luther liebt seine Heimat, aber die Welt der Ideen und des Idealismus mehr als Vaterland, Freundschaft und Vaterhaus. Er ist erst Mensch, erst Christ und dann erst Deutscher.

Seiner war Martin Luther aber auch ein Mensch, nicht bloß im Sinne eines Kämpfers und Siegers, eines Freien und Starken, sondern auch im Sinne der Beschränktheit und Fehlsamkeit. Die Derbheit und Grobheit des Deutschen und Bauernjohnes rechtfertigen wir. Die Schroffheit des eifernden Propheten entschuldigen wir. Den Überglauben des am Ausgang des Mittelalters Stehenden verzeihen wir. Aber daß Luther sich nicht genügen ließ an dem Willen und Wollen des von ihm ausgehenden Geistesstromes, der sich selbst sein Bett und sein Gefäß bereitet, sondern auch für seine Person und auf eigene Kraft organisierte und disziplinierte, daß er für das Evangelium Anerkennung und Hilfe bei den Mächtigen der Erde suchte, daß er Regenten und Staaten zu Aufsehern und Vormündern der evangelischen Christenheit machte, ist Luthers Fehlgrieff und Schuld.

Wo organisiert und diszipliniert wird, labiert und paktiert man auch. Und wenn schon der Meister auf diesem Wege strauchelte und bei solcher Arbeit den Fuß des Evangeliums und den Kopf des Propheten bestäubte, denn der furcht- und rücksichtslose

Büchprediger der Könige wird zum Hölbling, der die Doppelrolle eines Fürsten entfaltete, der weibliche und weitherzige Lehrer biblischen Glaubens zum Reherlicher und Richter und Buchstabenarbeiter, wer will sich wundern, wenn kleinere Jünger und Nachfahren sich zum Handwerk der Glieder erniedrigen, wenn der Frömmigkeitslehrer je nach den Weisungen der weltlichen Obrigkeit das öffentliche oder private Gewissen weht oder erstickt, läßt sich überabstumpft.

Wann ist die evangelische Geistlichkeit wie ein Mann für die christliche Forderung der Toleranz eingetreten? Wann haben die kirchlichen Behörden mit ihrem Ansehen die Vertreibungen nach Gleichberechtigung der Staatsbürger, nach Gleichwertung der Berufe und Stände, nach möglicher Gleichmachung der äußeren Lebensführung den Kampf für Sozialisierung und Demokratisierung wider Egoismus, Mammonismus und Imperialismus unterstützt? Gewiß, man hat kräftig getauft, aber noch ist den „christlichen“ Herrschern nicht in dem Maße das Gewissen geschärft, noch sind die „christlichen“ Völker nicht zu so selbständigem und vernünftigem Denken erzogen worden, daß der Krieg, das Tier aus dem Abgrund, hätte mit Erfolg bekämpft werden können.

Im Gegenteil. In unseren Mätern hört man das Gebot um Belohnung der Opfer, als verlangte ein Darts- und Liebesopfer noch Lohn, als wäre Land und Geld ein Schatz für Menschenseelen, auf unseren Kanzeln den Lobpreis der Gewalt und des Faustrechts, in unseren Synoden das Gezer über Ethisierung der inneren und äußeren Politik. Machen wo trübselige Männer aus dem Volk den Versuch, einen Weg aus diesem Sündenmeer der Unvernunft zu finden, dann sind es die Pastoren, welche spotten und höhnen. Predigt noch wo eine einjame Willkür wider die Sittlichkeit des Unrechts und die Gerechtigkeit der Gewalt und die Vernunft methodischer Logik, dann sind es hohe und höchste Kirchenbehörden, welche dem Prediger der Wahrheit das Handwerk legen. Unter dem Feldgeschrei des Nationalismus und Patriotismus wird der letzte magere Rest öffentlichen Christentums vernichtet. Will die Kirche sein, dann sei sie anders als sie war, oder sie sei überhaupt nicht.

Der 31. Oktober 1917 ist für uns evangelisch-lutherische Christen ein dies ater, ein Tag des Schmerzes und der Tränen der Reute und Buße der Einsicht und Umkehr. Ja, wenn doch der Umkehr! Damit es ein Tag der Umkehr werde, wollen wir zu den 95 Sätzen Luthers von der Buße noch folgende fünf setzen:

Zum ersten: Religion, Glaube und Bestimmung ist persönlich und darum Sache der Kirche. Ferner der Religion, Frucht des Glaubens, Betätigung der Bestimmung ist öffentlich und darum Sache des Staates. Der Staat sei kein Gewissensführer, noch Glaubensrichter. Der Diener der Kirche bewahre sich als rechter Staatsdiener in der Beurteilung bestehenden Unrechts, in dem Kampfe wider Leib und Gut, in der moralischen Unterstützung aller Wahlfahrtsbestrebungen.

Zum andern: Wenn der Geistliche das Gewissen der Gemeinde und der Frömmigkeitslehrer des Volkes sein will, muß er selbst wissen, was gut und böse ist. Er muß Natur und Freiheit, Verhängnis und Schuld, Form und Inhalt unterscheiden können. Das Müden jenseigen und Kamelverschlucken muß aufhören. Wenn der Buchstabe den Geist nicht trägt, sondern irret, das Gesetz die Gerechtigkeit nicht fördert, sondern hemmt, dann siehe der Geistliche in Zukunft nicht mehr auf der Seite der Macht und der Menge, des Gesetzes und der Sitze, der Regel und des Rechtes, sondern wie es einem Geistlichgestunten geziemt, auf der Seite des Geistes und der Innerlichkeit, der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Zum dritten: Auf den Synoden und bei den Festlichkeiten wollen wir hinfort nicht mehr Junker und Geistliche Seite an Seite finden. Und wenn Pflichterfüllung die beste Wahrung und Hebung der Standesehre ist, und Erfolg im Amt die preiswerteste Bezahlung, dann soll das Herz des Pastors bei denen sein, welche als Arme und Unterdrückte und Arbeitende nach Freiheit und Gleichheit und Gerechtigkeit hungern und dürsten.

Zum vierten: Jesus wollte die Menschen besser machen, aber auf daß es ihnen besser ergehe, beehrte er die Unwissenden, speiste er die Hungernden, heilte er die Kranken, tröstete er die Verzagten. Fortan sei es unsere heilige Pflicht neben dem Hinweis auf den Himmel nach Kräften für bessere Zustände auf Erden zu sorgen, dafür zu wirken, daß dem Unterdrückten Gerechtigkeit widerfähre und der Arme zur Genüge habe.

Zum fünften: Bittere Wahrheiten öffentlich sagen, wo die traurige Wirklichkeit sie auf allen Dächern

und Straßen donnernd ruft, ist keine Beleidigung. Sie still anführen: ist keine Selbstherabwürdigung, und Besserung geloben und sich bessern, ist Wiederherstellung des verlorenen Ansehens. Ich erhoffe nicht Lob noch Belohnung, das ginge gegen alle Erfahrung, aber ich hoffe, daß mit der Neuorientierung innerhalb und außerhalb der Staaten auch die Reformation der Kirchen und der evangelischen Kirche beginnt. In Summa, daß sich niemand entschuldige, er habe in gutem Glauben, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, denn der gute Glaube kann sehr wohl größlicher Irrtum, das beste Wissen kläglichste Unwissenheit und das beste Gewissen schändlichste Gewissenlosigkeit sein, sondern man regle und richte Glauben, Wissen und Gewissen ohne Rücksicht auf Nutzen oder Schaden, auf Haß oder Liebe, auf Lust oder Unlust nach dem Geist der Apostel und Propheten und nach der Gefinnung Jesu Christi, oder um mit der 94. These Luthers zu reden, daß die Christen ihrem Haupte Christus durch Kreuz, Tod und Hölle nachzufolgen sich befehligen.

(„Vorwärts“)

Die Preußenretter.

Für den politisch Eingeweihten konnte seit langer Zeit kein Zweifel darüber bestehen, daß die Reaktionen in Preußen hinter den Kulissen flieberhaft an der Arbeit sind, um der verheerenden Wahlreform doch noch auf irgendeine Weise ein Bein zu stellen. Auf welche Mittel man dabei verfallt, beweist ein vom „Vorwärts“ veröffentlichter Brief, den ein Mitglied der konservativen Landtagsfraktion an deren Führer, Herrn v. Seydebrand, gerichtet hat. Wir entnehmen dem Briefe folgendes:

Sehr geehrter Herr von Seydebrand!

Eine Allerhöchste Befehl hat die allgemeine, gleiche und geheime Wahl versprochen, wir werden mit dieser Tatsache zu rechnen haben, und wir werden den Weg finden müssen, welcher das Halten des nun einmal gegebenen königlichen Wortes ermöglicht.

Es wird möglich sein, für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus eine Basis zu finden, welche auch die geheime, gleiche und allgemeine Wahl weniger gefährlich macht. M. E. kann dies geschehen, wenn in Preußen die Berufsstände unter sich ihre Vertretung zu wählen haben. Es werden dann alle Berufsstände gerecht im Parlament vertreten sein und niemand wird sagen können, daß diese Art nicht vollständig sei. (!) Es wird auch nichts ausmachen, wenn die Landwirte, Lehrer, Geistlichen, Arbeiter usw. geheim und direkt einen ihrer Berufsgruppen zu wählen haben. Wir kommen aber wieder zu einer Art ständischen Vertretung des Volkes, die ohne Zweifel gerechter ist als alle bis jetzt in Gebrauch befindlichen Wahlgrundlagen. Dabei wird das gegebene Versprechen voll eingelöst. (!!!)

Eine glatte Ablehnung der in Aussicht gestellten Regierungsvorlage für diese geheime Wahl würde gar nichts nützen. Wir müssen das alte Preußen retten.

Sie werden es verstehen, erst mal mit dem Zentrum und den Nationalliberalen Fühlung zu nehmen, um ein gemeinsames Arbeiten zu ermöglichen. Eine unverbindlich freundschaftliche Einigung mit den Führern der anderen Fraktionen halte ich für absolut notwendig, sobald Ihnen der Weg, auf dem Sie gehen wollen, klar ist, um zu vermeiden, daß die anderen Parteien uns im Stich lassen, wie sie es im Reichstage getan haben. Dann vor allen Dingen im Einvernehmen mit dem neuen Ministerpräsidenten zu bleiben, das aber bisherigen unfreundlichen Standpunkt mit keinem Vorzugsgem ein Ende macht. Aber wir müssen nun heraus aus der Verteidigung, in welcher wir uns notgedrungen bisher befanden, und zum Angriff schreiten.

Zum neuen Kanzler habe ich das Vertrauen, daß er als Christ und Preuze mit uns gehen wird, wenn er richtig von uns angefaßt wird.

Endlich bemerke ich noch, daß ich eine Reform des Herrenhauses in der von mir angegebenen Weise für durchaus nötig halte. Selbstverständlich unter Beibehaltung des königlichen Berufungsrechtes.

Nun komme ich zum Schluß noch mit einer Bitte. Wollten Sie nicht in ganz Deutschland eine Protestkundgebung gegen diesen Reichstag in die Wege leiten, der in keiner Weise den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt? Ein kleiner Anlauf ist ja geschehen, wie ich gestern las, aber es wäre gut, wenn er von uns ausgeinge.

Das berufständliche Wahlrecht, wäre, so bemerkt der „Vorwärts“ dazu, ein Hohn auf alle Gleichheit, auch wenn innerhalb der einzelnen Berufsstände mit gleichem Stimmengewicht gewählt

Fiat justitia!

Von Th. Mügge.

18. Fortsetzung.

Guten Abend, gnädigster Herr Major! sagte er beim Deffnen. Na, die gnädige Frau wird eine große Freude haben! Das denke ich auch, antwortete der Herr, welcher heretrat. Im Augenblick bemerkte der Meister an Gestalt und Stimme, daß es ein Fremder sei, ehe er jedoch seine Bestürzung bewältigen konnte, fuhr der Herr fort: Halt Er kein Maul! Keinen Laut geb' Er von sich. Hier herein mit Ihm, und rühre Er sich nicht oder es geht Ihm schlecht!

Ein fürchterliches Zittern kam über den Weber. Der Herr war in einen langen Regenrock mit kurzem Kragen gehüllt, vor der Art, die man Raquelor nannte. Er trug einen Treffenhut, den er tief in's Gesicht gedrückt hatte, und hielt in der Hand ein Rohr mit großer, goldiger Krüde. Vor ihm allein würde sich der Meister wohl nicht allzu sehr gefürchtet haben, aber er kam mit einem Gefolge von handfesten Kerlen in blauen Uniformröcken, Palasche um den Leib und blanke Säbel an den Hüften. Das war der Prohof mit seinen Gehilfen, und wie er den erkannte, zitterte der Weber, daß ihm die Zähne klapperten, so daß er kaum ein Wort hervorbringen konnte, als der hochläufige Herr sein schärfes Gesicht vorstreckte und mit eben so scharfer Stimme fragte: Kennst Er mich?

Nein — nein! stotterte der Weber. So will ich es Ihm sagen. Ich bin der Generalauditeur von Rathsch. Im Namen des Königs befehle ich Ihm, die volle Wahrheit zu gestehen.

Eine unermessliche Angst ergriff den armen Mann. Der Name Rathsch war schrecklich genug. Der Name des Königs aber noch zehnmal schrecklicher. Er konnte kaum seine Hände falten und die in Silben und Buchstaben gebrochenen Worte: Gnade! Gnade! hervorbringen.

Das wird davon abhängen, ob Er aufrichtig beichtet, antwortete der Minister, sonst nehm Er sich in acht. Wer wohnt hier oben bei Ihm?

Das — die — das Fräulein von Heidemann.

Er lägt! fiel Herr von Rathsch ein. So hat die Person früher geheißen, jetzt heißt sie anders. Wie nennt sie sich jetzt?

Oh — o, feuerte der Weber. Der gnädigste Herr weiß es also schon.

Ich will es von ihm hören. Will Er antworten! Wie heißt sie?

Ja, ach! gleich, gleich, allergnädigster Herr, — sie heißt — sie heißt — anders heißen kann sie jetzt nicht, als Frau — Frau Majorin von Neudorf.

Die Augen des Ministers leuchteten. Hier ist die Trauung gewesen, fuhr er fort, in meinem Hause hat das Verbrechen stattgefunden. Er sieht, ich weiß alles. Der Pastor Baumgarten aus Halle ist dazu hierher gebracht worden. Wer sind die Zeugen gewesen?

Meine Frau, stotterte der Weber, ich — ich und der alte Sebastian.

Warum hat Er keine Anzeige gemacht?

Oh, mein hochmächtigster Herr, siehe der Weber, wir — wir sind arme Leute, und Dorothe — sie hat — sie ist — die gnädige Frau —

Wo ist sein Weib? fragte Herr von Rathsch.

Oben, bei der jungen Dame.

Was tut sie da?

Sie hilft — hilft einpacken.

Ah, sagte der Minister mit einem Lachen in den tiefen Falten seines Gesichts, sie will den Major begleiten.

Morgen früh, half der Weber ein. Der Herr Major wollte einen Wagen schiden. Sie wollen beide abreisen.

Der Minister schien einen Augenblick nachzudenken, dann sagte er: Leuchte Er mir.

Die Minister fragte nach der zitternde Meister die Lampe und leuchtete seinem schrecklichen Gast die Treppe hinan. Der Prohof hatte das Haus wieder verriegeln lassen, zwei seiner Leute blieben unten stehen, die anderen folgten mit ihm ihrem Gebieter nach.

Welches ist die Tür? fragte Herr von Rathsch.

Der Weber deutete auf den mittleren Eingang, der Minister blieb horchend davor stehen. Er hörte eine helle Stimme sprechen, dann ein helles Lachen. Was du nicht alles einpacken willst, Dorothe, rief die Stimme. Fort mit dem fatalen Gesicht! Aus welchem Winkel haßt du es hervorgeholt? Dieser Mann ist einmal ein Freund meines armen Vaters gewesen, nachher wurde er mein Vorfahre.

Ah, mein Vorfahre, mein Herzchen! hat Dorothe, seht's nicht weiter an, es macht Euch traurige Gedanken.

Herr von Rathsch schickte die Tür auf. Die er suchte, stand vor dem Tische und betrachtete ein Brustbild, das in einem Futterale lag. Verschiedene offene Koffer und Kisten bedeckten samt den Kleidungsstücken und anderen Gegenständen den Fußboden.

Als er herein trat, sah Agathe mit freudigem Erschrecken sich nach ihm um, sie hatte einen anderen vermutet. Eben so schnell aber erlosch das glückliche Lächeln in ihrem Gesicht und machte einer lähmenden Bestürzung Platz. Dorothe hielt einen schwachen Sämel aus und faltete ihre Hände vor Sämel.

Was wollen Sie? fragte Agathe mit schneller Fassung.

Der Minister trat ihr einige Schritte näher und sah sie forschend an. Kennen Sie mich? fragte er.

Agathe zeigte auf das Bild auf dem Tische: das sind Sie, war ihre Antwort.

Das bin ich, erwiderte er, und wie von einer Gefühlsregung ergriffen, fügte er hinzu: Ich wollte, daß ich nicht nötig hätte, mit Ihnen zu sprechen.

Das ist auch mein Wunsch! rief die mutige Frau. Was verschafft mir die Ehre, Sie bei mir zu sehen?

Keine Unbesonnenheit, Fräulein von Heidemann, sagte der Minister mit seinem gewöhnlichen kalten und finsternen Wesen, Sie haben deren schon genug begangen.

Und mit welchem Rechte sehen Sie sich als Richter darüber ein?

Mit dem Rechte des ersten und obersten Kriminalrichters in diesem Lande, antwortete er.

O, verleihe Sie stolz lächelnd, mein unglücklicher Vater hat das genugsam kennen gelernt. Was hat der Herr Generalauditeur mit mir zu schaffen?

Das hohle Gesicht des Herrn von Rathsch schien sich noch mehr zusammenzuziehen. Seine Farbe noch graulicher zu werden. Sie haben eine ungehörige, ungeheuerliche Handlung begangen, sagte er.

Unterbrechen Sie mich nicht, hören Sie mich an. Nur eine unbedingte Unterwerfung kann Sie von den Folgen retten. Ihre heimlich geschlossene Ehe mit dem Major von Neudorf ist unzulässig. Der König wird Sie dafür erklären lassen, er will und wird sie nicht dulden. Wagen Sie nichts dagegen einzuwenden, stehen Sie vor seinem Jorne; ich selbst —

Meine Ehe ist gültig, fiel Agathe ein. Will man einen Gewaltreich ausüben, so mag es geschehen, wir werden ihn erwarten. Aber mit welchem menschlichen oder göttlichen Recht kann man dem Herrn von Neudorf und mir verbieten, uns zu verheiraten?

Der König ist Herr über seine Untertanen, sagte der Minister. Dann können wir, die wir freie Leute sind, das Land verlassen, wo man uns in unseren heiligsten Rechten verfolgt.

In Ihrem Falle, fuhr Herr von Rathsch fort, dürfen Sie nicht verzeihen, daß der Major von Neudorf, des Königs Offizier, schwer gegen seine Pflichten gesündigt, daß er den König belogen und geküßelt hat, und daß die beschimpfende Strafe ihn treffen kann.

O, mein Gott! rief die junge Frau erschreckend, und ihren Kopf senkend fügte sie hinzu: Armer Georg! ich habe ihn also in's Unglück gestürzt.

Was Sie selbst betrifft, begann der Minister von neuem, so kann die Tochter eines Mannes, der —

Halten Sie ein! unterbrach sie ihn, und ihre Stirn hoch aufrichtend, während ihre Augen sich mit brennenden Tränen füllten, sah sie den hartherzigen Mann gebietend an. Er ist tot! sagte sie. In Verzweiflung und Jammer hat er geendet. Warum verfolgen Sie mich bis in diese letzte Zukunft meines Lebens? Was hat ich Ihnen? Ist es nicht genug an meines Vaters Glend und Schand? Spricht keine Stimme zu Ihnen für mich und mein Unglück?

(Fortsetzung folgt)

... Oder will man etwa, wie das dem ungefähren Zahlenverhältnis entsprechen würde, auf drei Vertreter des Unternehmertums den industriellen Arbeiter hundert Vertreter oder auf drei Vertreter des Großgrundbesitzes den Landarbeitern hundert Vertreter geben? Alle Projekte eines ähnlichen Wahlrechts, die wir bisher zu Gesicht bekommen haben, sehen ganz anders aus. Da war dem Unternehmertum zulammen mit den ihm versippten Berufen der Ärzte, Rechtsanwälte, Professoren und höheren Beamten immer eine mindestens doppelt und dreifach höhere Zahl von Sitzen eingeräumt als den Arbeitern. Die Aussicht mit einem solchen berufständischen Wahlrecht die arbeitenden Klassen dauernd überstimmen zu können, ist es ja auch, die die Konventionen zu so begehrten Anhängern des berufständischen Wahlrechts macht. Kräftige Ungleichheit ist die erste Voraussetzung des konventionellen berufständischen Wahlrechts.

Das weitaus Interessanteste des Schriftstückes ist das felsenfeste Vertrauen des Verfassers zu Herrn Dr. Michaelis, daß dieser „als Christ und Preuße“ mit den Konventionen gehen werde, wenn es gilt, das königliche Wahlrechtsversprechen zu menschen. Aber das gewaltige Vertrauen, das man in konservativen Kreisen zu Herrn Dr. Michaelis hegt, er werde sich zu solchen Dingen wie kein anderer gebrauchen lassen, ist die beste Rechtfertigung unseres Mißtrauens.

Dernburg über die Vaterlandspartei.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird unter dem 22. Oktober aus Kassel berichtet:

Vor über 2000 Personen sprach heute abend Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg über die politische Weltlage, über innerpolitische Fragen und über die Frage des Friedens. Er hielt scharfe Abrechnung mit der Deutschen Vaterlandspartei, die darauf ausgehe, dem Frieden zu wehren, indem sie die Reichstagsgewinnheit vom 19. Juli diskreditiere und durch ihr abtrünniges Verhalten dem Hungerstreik den deutschen Kredit immer weiter untergrabe, denn die ganze Zukunftfrage sei lediglich eine Frage des Kredits. Das deutsche Volk sei einzig und alleine nicht der Anfeindung von irgendwelcher Seite, am allerwenigsten von der Deutschen Vaterlandspartei, denn das deutsche Volk und am besten der Arbeiter wisse ganz genau, daß dieser Krieg mit der größten Kraft, unter Einwirkung all unserer Habe und unseres Blutes und der Konzentration unseres Willens durchgeführt werden müsse. Das ganze Gebahren lasse nur allzu deutlich den konservativen Geist aus der Vaterlandspartei heraussehen, der nichts anderes wolle, als mit Aufbietung aller Mittel einer demokratischen des innerpolitischen Lebens entgegenzuwirken, in der Hoffnung, dadurch die herrschenden Klassen in ihrer Macht zu belassen. Aus diesen Gründen könne ein liberaler Mann der Vaterlandspartei nicht angehören, denn es sei das Gegenstück zu dem französischen, englischen und amerikanischen Ningoismus. So gut das deutsche Volk über die maßlosen Forderungen der englischen Schreier lasche, genau so lasche man über die Forderungen der Vaterlandspartei, die, zumal wenn sie von Leuten, die Namen haben, erhoben werden, immer wieder von neuem so wirken, daß die Gegner genau wie wir die Zähne zusammenbeißen und weiter kämpften, bis ganz Europa ein Schutt- und Trümmerhaufen und ein Brütland geworden ist. Leute, die solche Überzeugungen haben, daß man die Gegner derart vernichten müsse, solle man nicht beschimpfen, weil sie ja gewiß eine ehrliche Überzeugung haben, die nicht in Zweifel gezogen werden sollte; aber weil diese Überzeugung uns und damit das ganze Volk schwer schädigt, so müsse man sie bekämpfen bis auf das Letzte. (Stürmische Zustimmung.) Ich nicht von Kassel aus an die Vaterlandspartei die Aufforderung, die Kriegswartung bekannt zu geben, die man als die des deutschen Volkes auszusprechen sich anmahnt; ich fürchte, daß ich lange auf die Beantwortung dieser Frage warten müssen. Aber gerade um deswillen, weil die maßlose Agitation der Vaterlandspartei schon so viel Unheil angerichtet hat, sei bekannt, daß die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli die erste deutsche Erklärung gewesen sei, daß die Welt nur durch einen Verständigungsfrieden wieder eingereicht werden könne. Die Paphnogene vom 1. August habe international und neutral die gleichen Töne gefunden. Präsident Wilson habe trotz aller Ungebürlichkeit gegen die deutsche Reichsregierung auf dem gleichen Standpunkt; Rußland, ob maximalistisch oder minimalistisch, bekenne sich zu eben diesen gleichen Lehren. Nur die übrige Orient könne das Wort hierzu nicht finden, weil sie sich zu gegenseitigem Verrat und verhandelt. Über welcher Frieden auch immer erreicht werden wird, niemals werde die Vaterlandspartei mit ihm zufrieden sein; stets werde sie nachher sagen, „wenn ihr noch weitergeduldet hättet, wenn ihr noch unentwegt ausgehalten hättet, so wäre es ganz anders, viel, viel besser gekommen!“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berjammlungsverbote.

Der fortschrittliche Reichstagsabg. Gothein hatte die Absicht, in Grimmen, einem Orte seines Wahlkreises, in einer Volksversammlung zu sprechen. Das Generalkommando in Stettin verbot diese Versammlung, während gleichzeitig der Vaterlandspartei die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung gestattet wurde.

Die „Volkszählung“ der Vaterlandspartei.

Die Agitation der deutschen Vaterlandspartei wird emsig weiter betrieben. Ähnliche Persönlichkeiten beteiligen sich nach wie vor in hervorragender Weise daran. Der „Deutschen Volkszeitung“ in Hannover wird dazu aus Gifhorn geschrieben:

„Die Agitation für die sogenannte Vaterlandspartei wird auch in unferem Kreise mit Hochdruck betrieben, um, wie es heißt, der Regierung bis zum 2. d. M. eine genaue Mitteilung über die Stärke der neuen Partei machen zu lassen. Auf einer Versammlung der Gemeindevorsteher des Kreises forderte Landrat Dr. v. Bagenhoff zum Beitritt zur Vaterlandspartei auf und ließ eine Liste zum Einzeichnen herumgehen, in die sich die Gemeindevorsteher mehr ihres Amtes als ihrer Überzeugung wegen einzeichneten. Auf dem Lande sorgen die Gemeindevorsteher für die Vaterlandspartei“, meinte dann auch ein Herr, der in der Stadt eifrig für dieselbe wirbt.“

Wir möchten der Vaterlandspartei empfehlen, lieber nicht mit Statistiken Einbruch machen zu wollen. Es könnte dann sein, daß die Mehrheitsparteien ihrerseits eine Statistik der Wähler vornehmen, die hinter ihnen stehen. Einen Anhalt dafür geben die Reichstagswahlen des Jahres 1912. Damals wurden, abgesehen von den Nationalliberalen, für die Mehrheitsparteien über acht Millionen Stimmen abgegeben, und das ohne den Druck beamteter Persönlichkeiten.

Ein Großindustrieller gegen die „Vaterlandspartei“.

Daß es gegen das neue, völkerverhetzerische Kreisen der „Vaterlandspartei“ ein jünger Widerstand aus den Kreisen der Großindustrie erhebt, ist kein schlechtes Zeichen der Zeit. In der „Schlesischen Zeitung“ schreibt Dr. Silberberg, Generaldirektor der großen Rheinischen A.-G. für Braunkohlen und Erdöl, in dem er die „Vaterlandspartei“ und „Friedensangehörer“ dem Urteil des Volkes überlassen:

„Man darf ein verkündigter Mensch in Deutschland, bei irgend jemand zu Hause oder im Hotel durch die Aufforderung von Zukunftsplänen oder Projekten Kriegseuphorie erwecken zu lassen? Die Kriegseuphorie aus dem August 1914 ist ein erschütterndes Zeugnis gewesen. Und es ist nicht, wie man sich vorstellen kann, ein Zeichen der Schwäche, es habe sich bereits in wiederholter

tonung dieser ersten Entschlossenheit des deutschen Volkes genügt nicht die Darstellung, was eine Niederlage Deutschlands bedeutet, geküßt auf die Forderungen der Gegner? Für den Mann im Meer in der vollen Kenntnis der Lage der feindlichen Bedürfnisse, in deren Gebiet sich der Krieg abspielt? Für den Ostpreußen die Kenntnis der Leiden und Schäden, die der Russeneinfall diesem unglücklichen Lande gebracht hat? Wir wiederholen: Glaubt ein einsichtiger Mensch, das alles genüge nicht, um den entschlossenen Ernst im deutschen Volke zu stärken und zu kräftigen? Wem gefiele das deutsche Volk im entschlossenen ständigen Ernst nicht besser als in eroberungsjüchtiger Kriegsbegeisterung?

Daher sei an alle Teile die dringende Aufforderung nach ruhiger Überlegung gerichtet. Die Erkenntnis und Darstellung der Dinge, wie sie wirklich sind, führten dahin, zu sagen: Unterlaßt alle Vereinsbildungen, wie die Vaterlandspartei, sie entspricht in ihren Forderungen ebensowenig dem Ernst des deutschen Volkes, wie die Wiederholung immer wieder abgelehnter Friedensanerbietungen.“

Das schreibt ein Mann, der selbst in leitender Stellung in der Bergwerksindustrie steht.

Für Frieden und Freiheit.

Eine große Kundgebung für den Verständigungsfrieden fand am Freitag im Evangelischen Vereinshaus in Dessau statt. Vor ungefähr 1500 Personen sprachen die Reichstagsabgeordneten Wolfang Heine und Dr. W. Biemer. Letzterer geißelte mit scharfen Worten das Kleben des Reichskanzlers Dr. Michaelis an seinem Amt, trotzdem er wissen müsse, daß er das Vertrauen der Mehrheit des Volkes nicht besitze. Uba. Heine wies auf den schweren Kampf hin, der mit der Regierungsbureaucratie um jeden politischen und kulturellen Fortschritt zu führen sei. Er bevrach dann die Strömungen, die sich gegen eine politische Neuorientierung mit allen Mitteln wehre. Er forderte eine freiheitliche Politik und ein gerechtes Wahlrecht für alle Bundesstaaten. — Die beiden Referenten ernteten stürmischen Beifall. An der Debatte beteiligten sich die Ubaa. Dr. Cohn Kiedler und Neus. In einer Entschließung wurde die Zustimmung zu der Friedensresolution des Reichstages ausgesprochen und die Einführung des Reichstagswahlrechts in den deutschen Bundesstaaten verlangt. Ferner sprach die Versammlung ihre harte Mißbilligung über das Treiben der Vaterlandspartei aus.

Ein neuer Volksbund.

Abgeordnetenhaus unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Giesberts eine Zusammenkunft von führenden Persönlichkeiten aus den wichtigsten und größten Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Wirtschaftsorganisationen statt, die insgesamt eine Mitgliederzahl von etwa 10 Millionen umfassen. Der Zweck dieser Konferenz war, eine Aussprache herbeizuführen über die Gründung einer Organisation mit dem Ziel, für die innere Geschlossenheit und Einigkeit des deutschen Volkes unter dem Grundgedanken des sozialen Gedankens einzutreten und damit ein starkes und zuverlässiges Reich zu schaffen. Für die neue Organisation ist die Bezeichnung „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ in Aussicht genommen. Der neue Volksbund, der sich auf die eben bezeichneten großen Organisationen aufbauen soll, rechnet auf die Hilfe von der Rechten bis zur Linken, die in der Vereinigung staatlicher Macht und völkerverhetzerischer Staatsordnung die Grundlage eines modernen Großstaates erblicken und zugleich diesen Großstaat eingereicht sehen wollen in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achtenden und anerkennenden Kulturstaaten. Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ stellt weder eine Partei noch ein parteiähnliches Gebilde dar. Er wird sich mit Polemik möglichst wenig befassen, weil er sich positive Aufgaben stellt, als positiv praktischen Charakter trägt. Die Konferenz legte für alle auf die Gründung abzielenden Arbeiten einen vorbereitenden Ausschuss ein. Die Idee der Gründung sowie der gesteckten Ziele wurde von der überwiegenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer auf das lebhafteste begrüßt und unterstützt. Die Vertreter der Organisationen werden mit den verantwortlichen leitenden Stellen ihrer Verbände Rücksprache nehmen; alsdann wird in kürzester Zeit die Gründung endgültig erfolgen.

Schweiz.

Die Nationalrat-Wahlen. Wie die Schweizerische Depeschenagentur meldet, fanden am Sonntag in der ganzen Schweiz die Nationalratswahlen statt. Die Wahlergebnisse lassen keine wesentliche Änderung in der Zusammensetzung des neuen Nationalrates erwarten, worin die Radikaldemokratische Regierungspartei die große Mehrheit beibehält. Die sozialdemokratischen Stimmen nahmen in den einzelnen kantonischen Kreisen bedeutend zu.

Aus der Partei.

Verbot von Vorträgen in geschlossenen Zusammenkünften in Oberösterreich. Mit vielerlei Schwierigkeiten hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei namentlich in Wien den O.-S. gegenüber dem Generalkommando in Breslau bei Abhaltung von Versammlungen zu kämpfen. Zwar finden sehr wenig Versammlungen statt, doch auch die wenigen sollen nicht stattfinden. In einer nur für Gewerkschaftsmitglieder vom Kartell einberufenen Versammlung in jüngster Zeit sollte über Lebensmittelfragen und Kohlenverteilung gesprochen werden. Noch in letzter Stunde wurde diese Versammlung gänzlich verboten. Für eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde ein Barren über „Politische Tagesfragen“ vom genannten Generalkommando genehmigt, doch lag vor dem Stattfinden der Versammlung die Genehmigung zurückgeblieben. In der folgenden Versammlung sollte erneut das vorher schon genehmigte Thema erörtert werden, jedoch auch diesmal wurde die Versammlung nur scheinbar genehmigt, daß das Thema nicht erwähnt werden dürfte.

Soziales.

Kontingenzgesetz gegenüber Kriegseinsatzigen. Der Krieg ist noch in vollem Gange, da beginnt auch schon die Kontingenzgesetz gegenüber seinen Opfern. Ein in der Umgegend von Halle wohnender Kriegseinsatziger, der infolge einer Schärferlegung das rechte Bein völlig verloren hatte, stellte bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt den Antrag, ihm Invalidenrente zu gewähren. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da der Antragsteller nicht dauernd, sondern nur vorübergehend invalid sei; es wurde ihm lediglich Krankentage gewährt, die befristet auf den 27. März der Erwerbsunfähigkeit erlischt. Dagegen legte der Antragsteller Beschwerde ein. Das Oberberufungsamt gab aber die Sache an das Reichsoberverwaltungsamt weiter, weil es sich nach letzter Mitteilung hierbei um eine noch nicht festgestellte Anlegung gesetzlicher Vorschriften um grundsätzlicher Bedeutung handelt. Das Reichsoberverwaltungsamt verweist jedoch die Sache zurück mit der Begründung, es habe sich bereits in wiederholter

Entscheidungen erschöpfend darüber ausgesprochen, welche Grundsätze bei der Abgrenzung der beiden Begriffe „vorübergehend“ und „dauernd“ erwerbsunfähig anzuwenden seien. Nunmehr wurde der Kläger der chirurgischen Universitätsklinik in Halle zur Untersuchung überwiesen, und hier kam ein Professor Schmieben zu folgendem Gutachten: Eine dauernde Invalidität liegt nicht vor, vielmehr könne sich der Mann rechtzeitig an eine Beschäftigung gewöhnen, bei der er mehr als ein Drittel desjenigen Einkommens verdiene, das gesunde Arbeiter seiner Art erlangen, sobald er dann die Rente aus der Invalidenversicherung nicht mehr brauche. Diesem Gutachten schloß sich das Oberverwaltungsamt an und wies infolgedessen den Kläger ab, wobei es zur Begründung ausführte: Es könnte keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Verletzte in absehbarer Zeit an den Verlust des Beines gewöhnen werde und dann wieder Lohnarbeit mit hinreichendem Verdienst zu verrichten imstande sei. Damit ist der Kläger entzweit abgewiesen, denn eine Berufung hiergegen gibt es nicht mehr.

Man muß das, besonders aber die Ausführungen des Invaliditätsgutachters und des Urteilstenors zweimal lesen, um zu begreifen, daß wir wirklich noch im Kriege leben. Nach solchen Dingen haben die Kriegseinsatzigen und das gesamte Volk wirklich alle Ursache, genau aufzupassen, damit erstere nicht auf dem Stand der Krüppel von 1870/71 kommen!

Aus dem Gerichtssaal.

In dem Prozeß gegen den Professor Hentel beantragte der Staatsanwalt die Amtsentziehung und Verabschiedung vom Dienst. — Am Schluß des vorliegenden Verhandlungstages kam nochmals die Rede auf die Anwesenheit eines Prinzen von Lippe bei einer Operation. Professor Hentel teilte dazu mit, daß dieser Prinz in anderen Universitätsstädten schon sehr viel Ähnlichkeiten besaß und der Operation im vorläufigen Mantel beiwohnte. Alle Vorsichtsmaßnahmen waren getroffen. — Staatsanwalt Volk: In diesem Fall ist nur mit Rücksicht auf die Anwesenheit des Prinzen die Frau operiert worden. Professor Hentel wollte vor dem Gericht seine Kunst zeigen. — Geh. Rat Winter sah in der Verlesung einer Operation auf einen früheren Tag nichts Ungewöhnliches, auch nichts in dem Umstande, daß die Frau gerade gefürchtlich hatte und ihr der Magen ausgepumpt werden mußte. — Vert. R. A. Alsborg: Es ist doch zu berücksichtigen, daß es sich schließlich um einen Prinzen gehandelt hat, der für sanitäre Zwecke vielleicht Geld hergeben wollte. — Sachverst. Geh. Rat Winter: Wenn der Prinz für die Armen der Klinik zehn-tausend Mark hat stiften wollen, so wäre gegen seine Zulassung wohl nichts einzuwenden gewesen. — Sachverst. Geheimer Hofrat Hofmeier: Die Anwesenheit des Prinzen ist ja gewiß ungewöhnlich, aber nichts Ungehöriges. — Staatsanw.: Würden Sie in der Rücksicht auf diesen Prinzen in der Verlesung der Operation etwas Ungehöriges sehen? — Geheimer Hofrat Hofmeier: Ich bin in dieser Situation noch nie gewesen und hoffe sie nie zu erleben. (Seitensitz.) Es ist natürlich für eine Frau höchst unangenehm, operiert zu werden, nachdem sie eben gefürchtlich hat.

Aus Naß und Fern.

Aufhebung einer Holzauktion wegen zu hoher Preise. Der eigenartige Fall, daß ein Verkauf aufgehoben wird, weil zu hohe Preise geboten wurden, hat sich in Wittenberge ereignet. Dort und in der königlichen Oberförsterei Lüchow eine Holzversteigerung statt zu der Kaufleute in großer Zahl erschienen waren. Die Bieter wurden sofort rüchtig in die Höhe geschraubt, so daß im Handumdrehen das Gebot für einen Kubikmeter Eichenbrennholz auf 50 Mk. stieg. Der die Versteigerung leitende Forstmeister ließ nun den Verkauf einstellen, weil auf diese Weise nur wohlhabende Käufer das Holz erhielten, während das Brennmaterial in einer Ume den Unbermittelten zugedacht war.

Schreckensstaten eines Geisteskranken. In Waisburg in Württemberg verlegte in einem Anfall von geistiger Unmündigkeit der Schlichter Adolf Raff seine Frau durch mehrere Schüsse schwer, tot; seinen 11jährigen Sohn, indem er ihm den Hals durchschneidete, und brachte sich selbst tödliche Wunden mit einem Messer bei.

Es wird weiter gemeldet! Eine politische Maßregelung, die den allerhöchsten Protest herausfordert, wird aus Baden berichtet. Wegen Verbreitung von Flugblättern wurde Mitte Juni 1915 in Karlsruhe der im Betrieb der Eisenbahnhauptwerkstätte tätige Schlosser Bernhard Kruse verhaftet, in Untersuchungshaft genommen und unter die Anklage verurteilt Landesverrats gestellt. Es handelte sich um eine von dem damals noch zur Partei gehörigen Unabhängigen ausgehende Aktion. Während Kruse, der seit 1905 bei der Eisenbahn angestellt war, noch in Untersuchungshaft lag, erhielt er ein Schriftstück, in dem ihm zur Strafe ohne Aufkündigung des Dienstverhältnisses seine Entlassung mitgeteilt wurde. Dieses Schreiben wurde im Badischen Landtag zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, und darauf erklärte Minister Dr. Rheinbold auf die energische Beschwerde der Sozialdemokratie, daß es sich um einen übereilten Schritt einer untergeordneten Behörde handele. Trotzdem aber blieben alle Bemühungen Kruses, die Entlassung rückgängig zu machen, erfolglos, obwohl die Verhandlung vor dem Reichsgericht mit seinem Freispruch endete. Danach wurde Kruse zum Militär entzweit, er befindet sich seit Mitte vorigen Jahres im Felde. Auf seine Anfrage an die Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen, ob sie gewillt sei, seiner Familie die den Arbeitern der Badischen Staatseisenbahnen gewährte Familienunterstützung zu kommen zu lassen, erhielt er am 2. September folgende Antwort: Gr. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen Nr. 4160 B.

Karlsruhe, 1. September 1917.

Wir sind nicht in der Lage, Ihrer Familie die den Kriegseinsatzern gewährte Unterstützung zukommen zu lassen, weil Sie entzweit auf dem Dienst der Groß Eisenbahnverwaltung ausgefallen sind. Auch eine weitere Wiederannahme kann trotz der Freisprechung nicht in Frage kommen, da Sie unbekanntermaßen die Unterstützung vertreten und auch nach Kriegsausbruch in Versammlungen zum Ausdruck gebracht haben, daß der Regierung in Reichstag keine Mittel für den Krieg hätten bewilligt werden dürfen.

In den Gefreiten Bernhard Kruse usw.

Diese Antwort ist empörend. Welche Aufregung der Mann vertritt, hat der Generaldirektion schon an sich ganz gleichgültig zu sein; wofürs aber wird die hohe Aufrichtung dieser Frage ein Skandal, wenn man bedenkt, daß der so Entzweitete jetzt mit seinem Leben Deutschland verteidigt, infolge der Ruhe des Herrn Oberbaurats Courtin, der in einer behafteten Beamtenliste dies Schriftstück unterzeichnet hat.

Unstet als Kindererwerb. Die Direktoren der Subanen der Volkschulen klagen in ihren Monatsberichten, daß die Schülerzahl immer weiter zunimmt. Sie führen das darauf zurück, daß die Kinder von wohlhabenden Eltern in den Schulen eingeschrieben sind, auf Vermittlung der Eltern. Dieser Kindererwerb wäre unangenehm für die Schulen, wenn die Dienstboten sich weigerten, das Fundament der Schulen zu vergrößern. Die Dienstbotenvermittlung droht nun den Eltern der Kinder, welche die Schule verlassen, strengste Strafen an. Das deutsch-amerikanische Parteiblatt, die Subanen „Volkstimme“, wirft aber mit Recht die Frage auf, ob man nicht lieber, statt die Eltern zu bestrafen, die den ganzen Tag über auf Arbeit hier, eine Organisation schaffen sollte, die das Anstellen überflüssig macht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz, Rud. Friedr. Meyer & Co.
 Sämtlich in Quedlinburg